

Organisieren wir den Massen- kampf gegen die Diktatur

Unser Wahlkampf ist Vorbereitung der entscheidenden
Kämpfe nach dem 14. September

Moskau, 30. August.
In einem ihrer heutigen Beiträge nimmt die „Trawda“, das Zentralorgan der K.P.S.U., Stellung zur Programm-
erklärung der K.P.D. Nach einer Schilderung der ungeheuren tiefen
Wirtschaftskrise in Deutschland führt der Artikel u. a. aus:

Die Bourgeoisie ist nicht mehr imstande, den Ausweg aus der
Krise auf parlamentarischen Wege, auf dem Wege der bürgerlichen
Demokratie, auf dem Wege der Weimarer Verfassung zu suchen.
Sie schwärzt indessen sie sich zu den „Erschütterungen im
Winter“ vorzubereiten, die aber der tatsächlichen Diktatur zu-
sammen, um den wachsenden Widerstand der Massen mit Blut und
Eisen zu erschüttern. Auf diesem Boden geht ein förmlicher
Polarisierungsprozess der Klassenkräfte vor sich. Die ökonomische
Krise, die die „mittleren“ Bevölkerungsschichten möglichst zer-
stört, stimmt auch die politischen Parteien der Mitte. Die öko-
nomischen Junge verhängung „Demokratische Partei“ liqui-
diert sich selbst. Die Sozialdemokratie nimmt einige von rechts
kommende Gruppen (Erselen) in sich auf und gibt Arbeiter-
funktion an die Kommunisten ab. Selbstverständlich bleibt die
Sozialdemokratie nach wie vor einer der wichtigsten Fak-
toren der Stabilisierung der bürgerlichen Or-
dnung in Deutschland. Die Nationalsozialisten erzielen
durch ihre soziale Demagogie einige Erfolge, erlangen einen Ein-
fluss unter den Massen der von der Krise mehrbedrückten Ange-
stellten, kleinen Bauern und Kleinrentner. Zugleich machen sich
in den Reihen der Nationalsozialisten bereits Elemente einer
inneren Krise bemerkbar, die mit der Wertschätzung der sozialen Zu-
sammenhang dieser Partei im Zusammenhang stehen.
Die Umstellungen im Kriegsministerium und im Generalstab sind
verbunden mit geheimen Vorbereitungen eines
Generalschiffahrt. Die Gruppen von Groener, Scheider,
Hammerstein, zusammen mit Politikern vom Schlage Treppmann,
Schäpe und Luthar, — das sind jene Figuren, die die Kräfte der
Diktatur, die sich um Hindenburg, als das Banner der Dik-
tatur, gruppieren, fieberhaft mobilisieren.
Vor der K.P.D. steht im Zusammenhang damit besonders scharf
die Aufgabe der unmittelbaren Mobilisierung
breiter Massen unter dem Banner des Kampfes
um Sowjet-Deutschland. Vor der K.P.D. steht die Aufgabe
der Befreiung jener Arbeiter, Bauern, Angestellten, Land-
arbeiter- und städtischer Kleinrentner, die heute noch Ge-
fangene dieser Illusionen sind. Die
ungenügende Entlastung des Wirtschaftskampfes in den
Betrieben,
das Zurückbleiben der organisatorischen Arbeit hinter den
politischen Einfluss der K.P.D., die starke Fluktuation in der Partei
und im K.P.D., die ungenügende Heranziehung der
unteren Parteiführer zu leitenden Funktionen und die
schwache Arbeit unter den neuen Parteimitgliedern und den
sympathisierenden Proletariaten,
— alle diese Mängel in der Arbeit unserer Bruderparteien müssen
durch energische Anstrengungen im Prozeß der Massenmobilisierung
überwunden werden.
Die K.P.D. verzeichnet bereits eine Reihe von Erfolgen in der
Mobilisierung der Massen vor den Wahlen. Die K.P.D. fetisch-
liert nicht die Aufgabe der Reichstagswahlen selbst, sie be-
schänkt sich nicht auf die Aufgabe der Gewinnung von Stimmen,
sie bereitet sich auf neuen großen Kampftagen vor, sie gibt jedem
Proletarier Antwort auf die Frage, was am Tage nach den Reichs-
tagswahlen zu tun ist. Die K.P.D. legt alle Kräfte dafür ein, daß
jeder kommunistische Wähler bereit ist, daß er
nicht für den Reichstag, sondern für die proletarische Diktatur,
für die deutsche Sowjetmacht stimmt. Die K.P.D. zeigt den wirklich
revolutionären Ausweg aus der Krise dem Proletarier, dem An-
gestellten, dem Bauern, den Ausweg, der auf dem Wege zur
proletarischen Revolution liegt.
Besondere große Bedeutung gewinnt in dieser Beziehung die in
Millionen Exemplaren verteilte Programmserklärung der K.P.D.
Die Verkündung des Programms allein genügt nicht.
Die Zuspitzung des Klassenkampfes verlangt eine konkre-
tisierung dieses Programms in Anwendung an die Besonde-
heiten aller einzelnen sozialen Gruppen und Schichten der unter-
drückten und ausgebeuteten Massen, sie
verlangt die Formulierung aus einer Reihe von Forderungen
und ihre Verbindung mit den politischen Zielen der
K.P.D.
Die Situation in Deutschland vor den Wahlen ist eine Situa-
tion der
herausragenden proletarischen Kämpfe gegen die sich faschi-
sierende bürgerliche Ordnung.
Wie immer auch das zahlenmäßige Ergebnis der Abstimmung
ausfallen mag, — wichtig sind jene gemäßigten politischen
Lehren, die die deutschen Arbeiter mit Hilfe der K.P.D. aus den
Reichstagswahlen ziehen werden, wichtig sind jene organisa-
torischen Erzeugnisse, die die K.P.D. im Prozeß
der Wahlen erstellt und erzielt wird und die zu einer noch
ergeren Zusammenfassung der Kampfkon-
zepte des deutschen Proletariats unter dem Ban-
ner der kommunistischen Partei führen wird.

Die Massen für den Kommunismus!

(Eig. Draht.) Hamburg, 2. September.
In Neumünster und in Heide haben gestern impolante
Anredeungen der K.P.D. statt, in denen Genosse Ernst Thäl-
mann zu den Massen sprach. Beide Versammlungen zeigten,
daß die werktätigen Massen auch in Schleswig-Holstein ihr geistiges
Vertrauen entgegenbringen. Ein begeistertes Empfang
wurde dem Genossen Thälmann in Heide und in Neumünster be-
reitet.

(Eig. Draht.) Düsseldorf, 2. September.
Die zweite öffentliche Wählerversammlung der K.P.D. brachte
wiederum einen überfüllten Saal. Der Genosse Heinz
Neumann sprach über das Thema: „Untergang des Kapitalismus,
Aufstieg des Sozialismus. Das Echo seiner Rede in der Versamm-
lung zeigte sich in der Tatsache, daß 65 Arbeiter und
Arbeitslosen ihren Beitritt zur K.P.D. erklärten.

Die Reichsliste der K.P.D., Liste 4

1. Ernst Thälmann, Transportarbeiter, Führer der K.P.D.,
Hamburg.
2. Hermann Kemme, Metallarbeiter, Berlin.
3. Wilhelm Pieck, Holzarbeiter, Berlin.
4. Heinz Neumann, Schriftsteller, Berlin.
5. Helene Duerlag, kaufmännische Angestellte, Berlin.
6. Walter Ulbricht, Holzarbeiter, Berlin.
7. Franz Dähle, kaufmännischer Angestellter, Berlin.
8. Fritz Hedder, Maurer, Berlin.
9. Wilhelm Florin, Metallarbeiter, Eilen.
10. Fritz Schulz, Fabrikarbeiter, Düsseldorf.
11. Willi Baum, Tischler, Vorsitzender des Kampfschulusses
gegen das K.P.D.-Verbot, Berlin.
12. Luise Augustat, Hausfrau, Lügedorf.

13. Arthur Feder, Metallarbeiter, Kandidat der Jung-
arbeiterchaft.
14. Paul Kohlmann, Schiefer, Betriebsrat bei Siemens,
Berlin.
15. Ernst Puh, Landwirt, Sinaltsch-Bad Weidenau (Hthn).
16. Marie Hölzer, Arbeiterin, Mansfeld.
17. Johannes Schreiber, Elektromonteur, Berlin.
18. Wilhelm Gach, Bergmann, Eilen.
19. Dr. Fritz Bismuthal, Rechtsanwalt, Berlin.
20. Grete Wildenberg, Metallarbeiterin, Kandidatin der
Jungarbeiterchaft, Berlin.
21. Ottomar Gesele, Schlosser, Berlin.
22. Hans Volkmann, Chemiker, Penna-Betrieb.
23. Edwin Hönke, Schriftsteller, Berlin.
24. Ernst Gude, Tischler, Vertreter der Kampfge-
meinschaft für rote Sporteinheit, Berlin.
25. Olga Köhner, Köchin, Dresden.
26. Fritz Gähler, Landwirt, Kirchen-Häuser (Waden).
27. Albert Kuntz, Bergarbeiter, Eilen.
28. Martha Kuhn-Wolf, Metzgerin, Berlin.
29. Paul Walter, Dreher, Arbeiterratsvorsitzender der U.G.W.,
Sennigsdorf, Berlin.
30. Konrad Erenin, Metallarbeiter, gemäßigter Be-
triebsrat von Hönig, Düsseldorf.
31. Jakob Göbel, Bergarbeiter, Dortmund.
32. Willi Friehe, Maschinenfabrik, Vertreter der Kampf-
gemeinschaft für rote Sporteinheit, Berlin.
33. Janne Hummel, Textilarbeiterin, Chemnitz.
34. Emil Fassler, Tischler, ehemaliger Führer der Roten
Jungfront, Berlin.
35. Dr. Joseph Heggfeld, Rechtsanwalt, Berlin.
36. Hermann Schulz, Häcker, Kassenin (Weidenburg).
37. Willi Wille, Metzgerhändler, Vertreter des Verbandes
der Metzgerhändler Deutschlands, Berlin.
38. Roman Chwalcz, Eisenhauer, Oppeln.
39. Robert Gropper, Fabrikarbeiterin, Berlin.
40. Otto Stein, Gasmir, Hamburg.
41. Barbara Eijer, Anlegerin, Eilen.

Genosse Ernst Thälmann spricht

Aus seiner Rede in Frankfurt a. M.:

„Wir sind die Partei der Unterdrückten und Ausgebeuteten
und die Träger der proletarischen Einheitsfront auf dem
Boden des Marxismus gegen alle Klassenfeinde des wer-
tätigen Volkes. Wir sind die einzige antikapitalistische,
antifaschistische, revolutionäre marxistische Partei! Wir
allein zeigen einen Ausweg aus der Verdrängung.“
Genosse Thälmann hat nicht der Marxismus,
sondern die Politik der Sozialdemokratie, die
mit dem Marxismus längst nichts mehr zu tun hat. Ge-
schichtlich gesehen, gibt es nur ein einziges Beispiel
in der Welt, wo sich ein Volk von Sklavensketten befreite,
das ist die Sowjetunion.“

Halbes Arbeiterschaft führt am
Sonntagabend, dem 6. September, im „Volkspar“
was ihr der Führer der K.P.D. über den einzigen Ausweg aus
Not und Elend zu sagen hat.

Steuerstreik!

Arbeiter der südlichen Betriebe Weihenfels für proletarischen Massenkampf, gegen Diktatursteuern

Die am Freitag, dem 29. August, stattgefundene Beleg-
schaftsversammlung der südlichen Arbeiter nahm Stellung zu
den Diktatursteuern und der Reichstagswahl. Die Stimmung
war eine glänzende, mehrere parteilose Arbeiter beteiligten
sich an der Diskussion. Die anwesenden Sozialdemokraten
wagten nicht, den Ausführungen des Referenten zu wider-
sprechen. Folgende Entschließung wurde einstimmig an-
genommen:
„Die am 29. August stattgefundene Betriebsversammlung
der südlichen Betriebe Weihenfels nimmt mit Enttäufung
Kenntnis von den von dem Brüning-Kabinett diktierten
neuen Massenkämpfen. Sie verpöbelte sich, den proletari-
schen Massenkampf gegen dieselben zu organisieren und sich für
den Sieg der Rote der kommunistischen Partei im Reichstags-
wahlkampf einzusetzen.“
Ein parteiloser Arbeiter wurde in das Wahlkomitee ge-
wählt.
30 Broschüren wurden umgesetzt.

Gemeinde Seeben lehnt Diktatur- steuern ab

Am Freitag beschloß die Gemeindevertreterversammlung einstimmig
auf kommunistischen Antrag, erstens scharfen Protest gegen
die Diktatursteuern zu erheben und zweitens die Bier-, Ge-
tränke- und Kopiersteuer in der Gemeinde Seeben nicht ein-
zutreiben. In der Entschließung wurde weiter zum
Wort gebracht, daß sich die Gemeindevertreter mit dem
Vorgehen der roten Kommunisten solidarisch erklären.
Weitere Gemeindebeschlüsse, die belegen, daß die Steuern
nicht eingetrieben werden, wurden gefaßt in Seeben, Kreis
Beltsch, in Eilenburg und in Sandersdorf bei
Bittersfeld.

„Volksblatt“ für Diktatursteuer- Eintreibung

Die viertige Nummer des „Volksblatt“ bringt wieder die offene
Erklärung der Sozialfaschisten, daß sie
gegen den Steuerstreik und für die Diktatursteuern sind.
In einem Bericht aus Wilmshausen wird der kommunistische

Das faschistische Waffenlager bei Wiehe

Wie das Polizeipräsidium Halle gemeldet hat, wurden im Keller und auf dem Boden
des Jagdhause, das jetzt einem Kasernebesitzer (I) in Sadler
heißt, 20 Gewehre, Modell 98, sechs bis sieben Zentner Munition
und eine Anzahl Maschinengewehre gefunden. Im Walde, bei
der Wiehe des Jagdhause, fand man weitere neun Gewehre,
andere Ersatzteile.

Selbstverständlich laßt die Polizei auch gelten nicht bei den
Faschisten, sondern noch bei allen Kommunisten und
mit uns sympathisierenden Arbeiter Sansschancen, die aber
wollt resultatslos verziehen. Dabei wurde die Polizei darauf auf-
merksam gemacht, daß
auf dem ebenfalls Felddorf gehörenden Gute in Wolmir-
keht sich auch Waffen befinden. Die Polizei war ge-
wonnen, auch dort zu bausuchen und fand zwei große
Maschinengewehre.

Der ganzen Einwohnerheit hat sich ungeheure Erregung be-
mächtigt über die Tatsache, daß nur bei den Arbeitern gehandelt
wird, während den wirklichen Waffenbesitzern nichts passiert. Heute
hat die K.P.D. eine große öffentliche Protestkundgebung
auf dem Marktplatz in Wiehe einberufen.

Vorhof, der bekanntlich zu Steuerfreilichschüssen der Gemeindever-
tretung führte, in der üblichen Weise beschlagnahmt und gleichzeitig
in Bezug auf den Waentig-Erlaß gegen die K.P.D.-Gemeindefunktion-
äre gelagt:

„Es wäre sehr erwünscht, daß der Landrat einmal auch diese
„Erlegung in die Tat umsetzt.“
Damit entlarven sich die sozialfaschistischen Demagogen als das,
was sie sind, als Polizeihunde der Brüning-Hindenburg-Diktatur

Das Wahlergebnis der Krughütte

Die Auswirkungen von Ausbeuterterror und
Fehlern, aus denen man lernen muß

Erscheinen, 2. September.
Die gestern durchgeführten Betriebsratswahlen auf der „Krug-
hütte“ hatten folgendes Ergebnis:
Von 602 Wahlberechtigten haben nur 524 gewählt, 16 Stimmen
sind unglültig. Es erhielten:

Stimmen Mandate		
Liste 1 (Reformisten)	264	4
Liste 2 (Faschisten)	133	2
Liste 3 (Revolutionäre Gewerkschaftsopposition) 111	2	

Ein Vergleich mit früheren Wahlergebnissen ist nicht möglich,
da früher eine Einheitsliste bestand und zum erstenmal ein offener
Wahlkampf mit den Reformisten ausgetragen wurde.
Es ist klar, daß dieses Ergebnis auf einem Betriebe des Mans-
felder Landes (wenn auch dem, wo die Opposition neben der Saiger-
hütte am wenigsten verankert war) durchaus unbestre-
itend ist. Die Verhältnisse auf der „Krughütte“ liegen zweifel-
los bei denen des Streiks in Wiehe. Die Belegschaft retrahiert sich
den Grundbären, die vor und während dem Streik zu den poli-
tisch rückständigsten Teilen des Mansfelder Landes gehören. Auf
der „Krughütte“, die durch das Eingreifen der gesamten Eisenber-
Arbeiterchaft zum Schaulager der erditterten Kämpfe wurde, hatte
ich während des Streiks die größte Streikbrecherzahl zusammen-
gefunden und sie hätte dementsprechend genau mit der
Zahl der jetzt abgegebenen Stimmenstimmen überein.

Nach dem Streik folgte der schärfste Terror ein.
30 Anhänger der K.P.D. wurden gemahnt — nur ganz ver-
einzelte blieben in Betrieben, wo die Einheitsliste sich mit Unter-
stützung der Direktion breit machen, während die Halbenwöchige
Arbeiterchaft terrorisiert wurde. Aus während dem Streik neu-
gewonnenen Gewissen entstand eine neue Felle, die naturgemäß
innerlich noch schwach war (ein großer Teil der zuerst aufgeleiteten
Kandidaten trat unter den Wirkungen des Terrors zurück), die
aber trotz allem sich den Verbänden erworben hat, unter
den schwierigsten Bedingungen die Fache der
K.P.D. in Betriebe hochgehalten zu haben.

Wenn die rote Liste keinen größeren Erfolg erzielt, wenn sie
nicht imstande war, den Unterbeuterterror zu durchbrechen, so lag
das vor allem an den schweren opportunistischen
Fehlern, die unter Führung des Genossen Hagemann wurden:
früheren Vertretern der Opposition im Betriebe Hagemann wurden:
Keine deutlich erkennbare Abgrenzung vom Reformismus (Ein-
heitsliste), Auffassung der eigenen Betriebsratsfähigkeit in einem
Sinne, die sich von der der Reformisten kaum unterschied und diesen
deshalb alle möglichen Angriffspunkte bot (Warenbeschaffung für
die Belegschaft usw.), keine entsprechende Klarheit über die Un-
verhältnißmäßigkeit des Kampfes mit den Unterbeutern und auf
dieser Grundlage Nachlässigkeit bei der Aufbereitung von Material,
die dem Gegner zugute kamen. Alle diese Dinge mußten sich gegen
die Opposition auswirken. Auch sie hätten bei gründlicher
Aufklärung der Arbeiter und offener Abgrenzung von
den begangenen Fehlern — ihren Trägern
überwunden werden können — aber daran hat es
gefehlt.

Die Schuld daran trifft weniger die Genossen im Betriebe, die
noch keine ausreichenden Erfahrungen besitzen konnten, als die
auf sie folgenden, die es unterlassen haben, ihnen die
notwendige politische Unterfertigung zu geben und sich offenbar der
Möglichkeit hingeben, daß die Nachwirkungen des Kampfes von selbst
ein günstiges Ergebnis durchsetzen würden. So ist das Ergebnis
der Betriebsratswahl eine eindringliche Lehre für alle Kommunisten
und Anhänger der K.P.D., immer mit der höchsten Aktivität und
der höchsten Klarheit vorzugehen und unter keinen Um-
ständen jene organisatorischen Maßnahmen zu vernachlässigen,
die erst die Festlegung und Vorbereitung unseres Einflusses auch
unter den schwierigsten Bedingungen sichern.

Pilsudski holt zum Schlage aus

Verfälschter Terror gegen die nationalen Minderheiten — Hausdurchsuchungen und Kommunistenverhaftungen in Warschau

Warschau, 1. September. Der polnische Diktator Pilsudski ist in Lemberg eingetroffen und leitet eine großangelegte Aktion gegen die Organisationen der ukrainischen Minderheitsbevölkerung. Auf einen Schlag wurden in sämtlichen Städten und Dörfern Kglizien Häuser durchsucht und Verhaftungen vorgenommen. Dabei wurden ganze Stadtblöcke und Straßenzüge abgeräumt und woggenweise Material beschlagnahmt. Die Zahl der Festgenommenen ist noch nicht bekannt.

Diese großartige Polizeifaktion hat die Erregung der Bevölkerung maßlos gesteigert. In Lemberg ließen die Behörden Flugblätter verteilen, die den Verlauf der Aktion schildern und durch Greuelberichte über bei den ukrainischen Nationalisten aufgefundenen Waffen, Sprengstoffe und Material für Brandstiftungen verheißungsvolle Stimmung für das Vorgehen der Pilsudski-Diktatur zu machen versuchten.

In Warschau, wo die Arbeiterfront seit Tagen Kundgebungen gegen den neuen Pilsudski-Kurs veranstaltet, wurden systematisch alle Arbeitervereine durchsucht und zahlreiches Material beschlagnahmt. Bis jetzt werden 16 Verhaftungen von Kommunisten gemeldet.

Verheerender Terror gegen die revolutionäre Arbeiterfront und gegen die nationalen Minderheiten, das ist das Programm der neuen verfälschten Pilsudski-Diktatur. Ausrottungsmaßnahmen gegen Kommunisten und nationale Opposition, das ist die erste Stufe auf dem Wege der Kriegsvorbereitung, den Pilsudski großartig bei den katastrophalen Kriegen auf Gebiet der imperialistischen Großmächde gehen muß. Wir appellieren an das internationale Proletariat, im eigenen Interesse den heroischen Kampf der polnischen Arbeiterfront gegen die nach den imperialistischen Reichstümern führende Pilsudski-Diktatur zu unterstützen.

Weißer Terror in Estland

Je zwölf Jahre Zwangsarbeit für Kommunisten

Reval, 1. September. Das Revaler Kriegsgericht hat nunmehr das Urteil im Prozeß der 14 Kommunisten gefällt, die wegen staatsfeindlicher Agitation und geheimer Tätigkeits verhaftet waren. Die Hauptangeklagten erhielten je zwölf Jahre Zwangsarbeit. Die übrigen Angeklagten wurden zu Zwangsarbeit zwischen sechs und zehn Jahren verurteilt.

Fünf Wochen Streik in Nordfrankreich

Geffeierte Aktivität der Kämpfenden gegen Polizeiterror und sozialfaschistischen Verrat

Paris, 1. September. Die Aktivität der Streikenden, nordfranzösischen Arbeiterfront, die unter den schlimmsten Einschränkungen und gegen den schärfsten Terror bereits in der fünften Woche im Kampf verharren, steigert sich immer mehr. In zahllosen Streiken wurden aus Steinen, Holz und Sand Baracken errichtet, um die Autos mit Streikbrechern an die Einfahrt in die Fabriken zu hindern.

In einigen Betrieben, deren Unternehmer sich als besondere Schamlosen zeigen, wurden sämtliche Fensterhebel eingeschlagen. Den Streikenden herrschender Gendarmen legten die Streikenden Widerstand entgegen.

Gestern morgen fanden an den Wohnorten sämtlicher Streikbrecher die Worte: „Verrotzt, wir werden dich nicht verzeihen.“

Generalfreist in Cordoba

Espanische Arbeiter protestieren erfolglos gegen Polizeiterror

Cordoba, 1. September. Der zum Protest gegen das Wüten der Gendarmen gegen die streikenden Bauarbeiter ausgerichtete politische Massenstreik hat zum allgemeinen Generalfreist geführt. Gestern arbeitete lediglich das Wasser- und Elektrizitätswesen. Die Arbeiterfront veranstaltete trotz Verbots Demonstrationen.

Zusammenstöße mit streikenden Arbeitern in Bombay

Bombay, 1. September. Im Spinnereibetrieb von Bombay lösten die im politischen Massenstreik verengerten Arbeiter Streikzettelbetriebe aus. Es entwickelten sich Kämpfe zwischen der zum Schutz der Streikbrecher herbeieilenden Polizei und den

Streikenden, in deren Verlauf 50 Arbeiter und Arbeiterinnen verletzt wurden. Die Erregung im Arbeiterstreik ist groß.

Die von den indischen Nationalisten trotz Demonstrationen verbottene für Sonntag einberufene Parade der Freiwilligen wurde nachträglich erlaubt (1) und verlief bei schwacher Beteiligung ruhig.

In Dacca wurden 35 Studenten bei Hausdurchsuchungen verhaftet, doch ließen sie ins Krankenhaus geschafft werden müssen. In Mysore mußte ein in Bangalore verhafteter Student neue Bombenattentate auf Polizeieinrichtungen verüben.

Rüstet zum 16. Jugendtag!

Jungarbeiter aller Länder tagen in Moskau

Moskau, 1. September. In Moskau wurde die erste Internationale Jungarbeiterkonferenz eröffnet. Im Park der Roten Generalarbeiterinternationale fand heute ein Beratungstagung der Moskauer Arbeiter und der Delegierten des RGG-Kongresses statt. Auf sportliche Darbietungen folgte ein großes Konzert, dessen Programm sich aus Volksliedern, Volkstänzen aller Völker der Sowjetunion zusammensetzte.

Während des Festes freiließ über dem Park das neue Sowjetflugzeug „Komolomskaja Pramba“, das vom Befallssturm der Versammelten begrüßt, seinen ersten Flug ausführte. Unter Mitsprache der Dolmetscher fanden Ausproben zwischen Arbeitergruppen und Delegierten statt, die sich bis zum frühen Abend hinzogen.

Moskau, 1. September. In Moskau wurde die erste Internationale Arbeiterinnenkonferenz eröffnet, an der 79 Delegierte aus 20 Ländern teilnahmen.

Das Urteil von Stalingrad

Ein Muster proletarischer Klassenjustiz

Stalingrad, 30. August. Die amerikanischen Arbeiter Venus und Brown, die den Arbeiterführer Robinson aus Klassenhaß mißhandelt hatten, wurden zu je zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Als widerwärtiger Umstand wurde in Betracht gezogen, daß der Klassenhaß ihnen im kapitalistischen Amerika eingepflanzt wurde. Deshalb wurde die Gefängnisstrafe für beide Angeklagten in Ausübung aus der Sowjetunion auf die Dauer von 10 Jahren umgewandelt.

Das Urteil gegen die beiden vom Klassenhaß freigelegten Arbeiter ist ein klassisches Beispiel der proletarischen Klassenjustiz. Der Klassenhaß, der in den kapitalistischen Ländern den Massen eingepflanzt wird, dient als Mittel, um die proletarische Klassenfront zu zerschlagen. Die Sowjetunion hat mit diesen rechtsgerechten Methoden der kapitalistischen Ausbeuterherren endlich aufgeräumt. In der Sowjetunion ist die wirkliche Gleichheit und Freiheit aller Vorkämpfer, einerseits, welcher Nationalität oder Rasse sie angehören, andererseits, welcher Nationalität oder Rasse sie angehören, unerlässlich gesichert.

Der Empörungsturm, der sich unter den Massen der Sowjetunion auf die Kunde vom dem Verbrechen richtiger Proletarier in Stalingrad im ganzen Land eroberte, beweist, daß die befreite Arbeiterklasse der Sowjetunion keinerlei Anwendung mittelalterlich-barbarischer Gewaltmethoden des Kapitalismus in der Sowjetunion duldet.

Ein Traktor in 4 1/2 Minuten

Im Namen der 15 000 durch den Roten-Banner-Orden ausgezeichneten Arbeiter begrüßte Genosse Dejew (USSR) den Kongress. Dort, wo noch vor zwei Jahren eine öde Wüste war, erhebt sich jetzt das Riesennetz „Dzetschinsk“ von Stalingrad. Das Riesennetz „Dzetschinsk“, die kapitalistischen Länder in technischer Beziehung einholen und zu überholen, wird in den einzelnen Gebieten des Sowjetlandes bereits in die Tat umgesetzt. In den Vereinigten Staaten, dem Lande Jobs, wird ein Traktor in 4 1/2 Minuten aufmontiert, bei uns in Stalingrad werden wir die Ueberreste des Kapitalismus auf dem flachen Lande ausrodern.

Schlüssigen Befehl lösen die Schlußparole des Redners aus: Es lebe die Diktatur des Proletariats der ganzen Welt!

Steigerung der Winterausaat in der Sowjetunion

Nach Mitteilung der „Sowjetika“ vom 24. August ist die Winterausaat in den letzten Tagen außerordentlich gesteigert worden. Nach dem Ausweis des Ackerbauministeriums gestaltete sich die Ausaat bis zum 20. August nach dem Ausaatplan in Prozenten in den einzelnen Bezirken:

Bezirk	in Prozenten vom Plan
Russische Bezirke	74
Schwarzsee-Gebiet	85,5
Janower Bezirk	1,2
Wolgogorod Bezirk (Obere Wolga)	78,3
Leiningrader Bezirk	0,7
Mittlere Bezirke (Inner-Rußland)	13,6
Wolgastrom-Republik	16,0

Damit ist das Gebete der S.W.P.-Presse, daß die Winterausaat im Rückstand sei, erledigt. Die Winterausaat wird planmäßig durchgeführt.

Rote Luiflotte über Asien

Moskau, 30. August. Anfang September wird ein großer Auslandsaufbruch der Sowjetluftflotte stattfinden, der von Moskau über Semuraj, Angora, Teheran, Kabul, Tashkent, Orduburg nach Ostau zurückführen soll. Die Strecke beträgt 9000 Kilometer. An dem Aufbruch sind u. a. drei Personenflugzeuge neuester Konstruktion, die in der Sowjetunion hergestellt sind, beteiligt.



Copyright by Internationaler Arbeiterverband, Berlin.

55. Fortsetzung

„Er war nicht ganz wohl. Er hat mich mit dem neuen General bekannt gemacht. Er hat irgend etwas in den Bart hineingekramt. Ich habe den Namen nicht verstanden. Pantratsch war diesmal so nett zu mir. Er hat mich immer bei sich behalten und hat mir seine eigene Lebensmittelliste gegeben.“

„So, seine Lebensmittelliste?“

„Ja. Er hat mich beim Frühstück gestiftet.“

„Ich, wie wird es noch werden? Bis wann werden wir noch so leben?“ entrang sich Pajdas zittrigen Lippen.

„Was ist mit Ihnen los, Pajda?“ fragte Grusbjew.

„Es ist nichts. Es ist mir so schwer ums Herz, Boris Michailowitsch. So schwer. Ich kann es nicht mehr ertragen.“ Sie wartete und fiel auf einen Stuhl. Sie meinte lange und löchernd.

„Ach, Mütterchen, du bist recht nerods.“ sagte Grusbjew, als er ihr ein Glas Wasser brachte. Wir müssen durchhalten, sonst sind wir verloren.“

Einige Tage später war alles vorbereitet. Grusbjew und Pajda benachrichtigten die Parteitrganisationen der ganzen Umgebung, daß sie am Tage, an dem sie ein Telegramm des Inhalts „Gehend“ bekommen würden, loszulaufen sollten.

Alle Partisanengruppen bekamen die Anweisung zum Angriff.

Hundert Partisanen zogen durch die Wälder an die Eisenbahnhöfen und lödeten die Schienenstrahlen.

„Der Rückzug soll den weißen Hund unumgänglich gemacht werden.“ sagten sie.

Die Kiemer Partei hatte sich zwei Aufgaben gestellt: gleich nachdem die Panik entsetzt wurde, sollte als erstes das Gebäude der Konterspionage und zweites das Gefängnis besetzt werden.“

Wanjutka hatte einen Entschluß gefaßt, aber es durfte niemand etwas davon wissen. Er ging immer wieder leise vor sich hin: „Von meiner Hand — von meiner Hand.“

Die Nacht war kalt und windig. In der Konterspionage war heute wenig Leben. In seinem Arbeitszimmer saß Artemi Nikolajewitsch Chomjajoff und hielt die Hand auf dem Hörer. Er überlegte sichtlich, ob er anrufen sollte. Inzwischen läutete das Telefon.

„Hallo? Was? Jamohl... Nach dem Stabsgebäude? ... Sofort!“

Er legte den Hörer weg und gab ein Klingelzeichen.

„Wanjutka kam herein.“

„Ruh den Wagen vorfahren!“

„Jamohl, Erzellen.“

„Du fährst mit, wir fahren in den Stab.“

„Jamohl, Erzellen. Wird dort heute ein Fest gegeben?“

„Wir werden schon leben. Mach ruhig.“

„Wanjutka ging hinaus. Ein Oberst kam herein und meldete:“

„Erzellen, ich muß nach dem Stab zu einer außerordentlich wichtigen Sitzung. Es scheint irgend etwas passiert zu sein.“

„So?“

„In der letzten Zeit scheint überhaupt nichts felchen Weg zu gehen. Die Roten nachlassen. Sie machten einen Scheinangriff bei Barjan, konzentrierten oder ihre Kräfte an einen anderen Frontabschnitt. Schütos und Mamontows Kavallerie ist fast ganz aufgerieben. Es gibt keine feste Frontlinie mehr. Sie fallen uns mit ihren Partisanengruppen in den Rücken. Sie haben fünfzig Weiber vor Kiew, und wir können flüchtlich ihren Angriff gewärtigen. Sie lassen uns gappeln. Schemomir ist bereits in ihren Händen, vor Charkow haben wir sehr schlechtes. Und weitere Ärmee? Hier herrscht schlimmste Desorganisation. Vor zwei Monaten waren wir unseres Sieges gewiß. Heute zweifle ich.“

„Was nun?“

„Das kann niemand wissen. Ich fürchte das Schlimmste.“

In letzter Zeit brach eine wahre Epidemie von Worten auf die Agenten unserer Konterspionage aus.“ Hinter der Tür rief Wanjutka, daß das Auto vorgefahren sei.

„Gut, ich komme sofort.“ Er nahm den Hörer in die Hand.

„Stab? ... Ist dort der Stab? ... Ich komme sofort. ... Sind bereits alle versammelt? ... Gut.“ Er wandte sich an den Oberst: „Oberst, bleiben Sie hier. Heute Nacht muß alles in Bereitschaft bleiben.“

„Jamohl, Erzellen, ich werde anordnen.“

„Das Auto fährt in welchem Tempo nach dem Stabsgebäude, Chomjajoff sagte zu Wanjutka: „Du kommst heute mit mir.“

„Wohin?“

„Überall, wohin ich fahre.“

„Mit Ihnen gehe ich durchs Feuer.“

„Du bist ein braver Bursche. Du bleibst auf dem Gang stehen; wenn ich dich brauche, werde ich dich rufen.“

Das Gebäude des Stabes war hell erleuchtet, es herrschte lebhaftes Treiben darin. General Denikin hand vor einer Generalstabskarte und deutete mit einem Stock darauf. Die Lage ist kritisch. In einem Monat werden wir gewonnen sein. Sie können gegen die dauernden Ueberfälle der Partisanen nicht aufkommen. Sie sind regelrechte Frontlinien geworden. Aber hier — weiß der Teufel — haben wir keine Frontlinie mehr, weder Schützengräben, noch Laufgräben, mit einem Wort, nichts, nur unerwartete Ueberfälle an offenen beweglichen Fronten.“

Wir haben noch nichts unternommen, um die Revolution zu erküden. Unsere Konterspionage arbeitet sehr langsam. Wir haben mehr Tote zu beklagen als die Gegenseite. So kann es nicht weitergehen.“

Chomjajoff warf böse ein: „Können Sie, Erzellen, sich irgendwelcher Erfolge an der Front rühmen?“

„Jedenfalls habe ich mehr Erfolge zu verzeichnen als Sie, General Chomjajoff.“

„Davon bin ich nicht überzeugt. Das müßte erst bemittelt werden. Ich glaube, daß wir mehr Niederlagen an der Front zu beklagen haben als die Roten.“

„Schweigen Sie, sonst ...“

General Denikin hatte den Satz noch nicht beendet, als in den Nebenzimmern Unruhe entstand. Ein Offizier kam herein. Er meldete: „Kiew wird von den Roten von drei Seiten angegriffen. Wir laufen Gefahr, eingeschlossen zu werden.“

Es entstand ein großes Durcheinander. Denikin schlug mit der Faust auf den Tisch: „Ruhe! Ohne meine Erlaubnis nicht vom Platz rühren!“

(Fortsetzung folgt.)



Erwerbslose, rechnet ab

mit allen Unterstützungsgründern und deren Helfern — Organisiert gemeinsam mit den Betriebsarbeitern Streiks gegen Diktatursteuern, Lohnraub und Erwerbslosigkeit — Wählt am 14. September nur die Liste der KPD.

Erwerbslose, Alarm!

Schon wieder droht neuer Abbau der Unterstützung!

Erst seit dem 1. August ist die Hungerverordnung Erlinings in Kraft. Die Arbeitsämter sind eifrig dabei, die neuen Bestimmungen durchzuführen, d. h. Tausenden und aber Tausenden die Unterstützung zu verweigern oder zu kürzen. Bereits in der ersten Augusthälfte ist trotz Steigerung der Arbeitslosenziffer um 80 000 die Zahl der Unterstützungsempfänger um 3000 in der Arbeitslosenversicherung gesunken worden. Und schon wieder drohen die Unternehmer mit neuen Maßnahmen.

Die „Deutsche Bergwerkszeitung“ vom 27. August 1930 schreibt:

„Die im diesjährigen Reichshaushalt vorgesehenen Mittel des Reiches von 188 Millionen Mark Zuschüssen und 140 Millionen Mark Darlehen sind bereits jetzt zum größten Teile verstrickt. Durch die unglückliche Arbeitsmarktlage des Sommers war die Reichsanleihe gesenkt, den Gesamtbeitrag der im Haushalt vorgesehenen Zuschüsse schon jetzt in voller Höhe in Anspruch zu nehmen.“

Es wird dann weiter darauf hingewiesen, daß auch der Darlehensbetrag und die Einkünfte aus der vorgemerkten Beitragserhöhung auf 4 1/2 Prozent bis Ende Oktober verbraucht seien. Für die letzten 5 Monate des laufenden Etatsjahres ergebe sich ein ungebedeutender Mehrbedarf der Reichsanleihe von etwa 400 Millionen Mark. Die Notverordnung sieht vor, daß für die Deckung dieses Mehrbedarfs höchstens die Hälfte an Zuschüssen aus der Reichsanleihe geleistet werden soll. Der andere Teil muß durch Erhöhung oder durch Entziehung der Beiträge von den Beschäftigten aufgebracht werden. Um den Bedarf zu decken, ist eine Beitragserhöhung um 2 bis 2,5 Prozent notwendig, so daß der Gesamtbeitrag auf rund 7 Pro. festgesetzt werden muß. Das Unternehmerblatt schreibt dazu:

„Ein solcher Prozentsatz ist aber nicht nur für die Unternehmer untragbar, sondern auch für die Arbeitnehmer; schon heute werden den Sozialversicherungsbeitragspflichtigen rund 15 Prozent ihres Lohnes an Versicherungsbeiträgen entzogen. Eine Ueberforderung dieses Betrages erscheint unerschwinglich.“

Die „Bergwerkszeitung“ gibt hier die ungeheure Belastung der Arbeitenden durch die Beiträge zur Sozialversicherung an. Die Sozialversicherungsbeiträge führen in der gegenwärtigen Wahlkampagne mit besonderer Klarheit die „sozialen Leistungen“ der Sozialversicherung an. Sie verweigern aber, daß die Arbeiter die vielen Milliarden, die im Jahre für soziale Zwecke verwendet werden, aufbringen müssen.

Aus dem Artikel der „Deutschen Bergwerkszeitung“ geht aber klar hervor, daß die Unternehmer nicht nur eine neue Beitragserhöhung, sondern auch einen neuen Unterstützungsabbau in der Arbeitslosenversicherung durchzuführen wollen.

Diese Drohung der Unternehmer gegen die Arbeitslosen und Betriebsarbeiter muß ein Alarmglocken sein für die Vorbereitung und Organisation eines energiegelassen Widerstandes.

Am 10. September, dem Tag des deutschen Arbeitslosen, werden die Millionenarmeen der Erwerbslosen und Betriebsarbeiter aufmarschieren, um für ihre Forderungen: Siebenhunderttag mit vollem Lohnausgleich, höhere Löhne und ausserordentliche Beförderung für alle Arbeitslosen, zu demonstrieren. Heinz Coers.

So sieht die „Arbeitsbeschaffung“ aus

Abbaumaßnahmen beim Mittelstandkanalbau

In den letzten Tagen wurden infolge der Abbaumaßnahmen beim Mittelstandkanalbau 30 Eisenarbeiter entlassen. Wie verlautet, sollen demnächst weitere 250 Arbeiter entlassen und Angestellte abgebaut werden. Es heißt, daß diese Entlassungen darauf zurückzuführen sind, daß die Regierung die erforderlichen Mittel zum Kanalbau gekürzt hat.

Der Schwindel von der Arbeitsbeschaffung

Das Reichsabinett, das den Berliner Metallindustriellen, den Metallindustriellen in Nordwest, den Eisenbesitzern des Ruhrgebietes, kurz den Industriellen, auf der ganzen Linie, den Lohnabbau und die Massenentlassungen von Arbeitern und Angestellten ermöglicht hat, führt sich im Hinblick auf die Wahlen veranlaßt, ein sogenanntes Arbeitsbeschaffungsprogramm zu publizieren. In großen Schlagzeilen findet die Presse des Siebenhunderttags und seiner Folgen die Beschaffung von Arbeitsgelegenheit für etwa 300 000 Arbeiter (!) an. Diese Ankündigungen sind ein großer Schwindel,

darauf berechnet, die katastrophalen Folgen des Massenabbaues und der Wohnkrisen, weit zu jähren.

Die Reichsbahn hat sich bereit erklärt, „unlöst“ noch im Jahre 1930 für 350 Millionen neue Waggons herzustellen. Die Kerz des von der Deutschen Reichsbahn in enger Fühlung mit dem Reichsverkehrsministerium aufgestellten Arbeitsbeschaffungsprogramms, so heißt es in der amtlichen Bekanntmachung, werde eine führende Bedeutung des Arbeitsmarktes und damit eine wesentliche Verringerung der Arbeitslosigkeit zur Folge haben. Allerdings wird in dem amtlichen Bericht nicht von 300 000, sondern nur von 100 000 Menschen gesprochen, deren Beschäftigung hierdurch für die kommenden Monate gesichert sei. Ebenso ist aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichspost aufgestellt, auch sie will etwa 20 Millionen zur Erstellung von Aufträgen verwenden. Schon vor einigen Jahren hat bekanntlich ein anderes Kabinett ein Arbeitsbeschaffungsprogramm aufgestellt, das aber nicht die geringste Wirkung erzielte. Reichspost und Reichsbahn, die für die „Ankurbelung der Wirtschaft“, wie der lächerliche Ausdruck lautet, Aufträge vergeben sollen, gehören selbst zu jenen großen Betrieben, die bereits

ausserordentliche Massenentlassungen vorgenommen haben. Befähigt hat das Mittelglied des Verwaltungsrats der Reichsbahn, der leitende Mann des Sie-

Letzter Appell zum Bezirks-Erwerbslosen-Kongress

Halle, 2. September.

Am 14. September sollen auch die drei bis vier Millionen Erwerbsloser mit ihren Angehörigen in die Wahlurnen treten und ihre Stimmzettel abgeben. Die Reichsregierungen in dieser Situation gezeigter Massentilgungen, gezeigter Unterstützungsraubes, gezeigter Massenelends müssen ein Warnruf für alle Erwerbslosen sein.

Wieselo Wahlversprechungen werden den Erwerbslosen in diesen Wochen abgeben! Reine davon wird gehalten. SPD, Zentrum und Nazis stellen in den Kommunalparlamenten demagogisch „Arbeitsbeschaffungsprogramme“ auf. Reines davon wird auch nur einem Bruchteil der Erwerbslosenarbeit Arbeit geben, größtenteils überhaupt auf dem Papier stehen bleiben.

Kommunisten geben keine Wahlversprechungen ab Sie fordern vielmehr die gesamte Arbeiterklasse, Erwerbslose und Betriebsarbeiter, auf, selbst ihr Schicksal in die Hand zu nehmen, sich selbst gegen den Massenraub, gegen ihre Elendslage zu kämpfen. Das Bezirkskomitee der Revolutionären Gewerkschaftsopposition und der Bezirks-erwerbslosenausschuh Mitteldeutschlands haben daher für den

3. September einen Erwerbslosenkongress nach Halle einberufen

Dort sollen alle notwendigen Schritte beraten, alle Erfahrungen ausgetauscht, dort wird der Weg aufgezeigt werden, den die Erwerbslosen vor und nach dem 14. September zu gehen haben.

Der Bezirks-erwerbslosenausschuh fordert zur Wahl von Delegierten aus allen Orten des Bezirkes Halle-Merseburg auf. Wählt nicht nur kommunistische, sondern auch parteilose, sozialdemokratische und christliche Delegierte auf der Grundlage folgender Forderungen:

1. Aktive Mobilisierung aller Erwerbslosen und Betriebsarbeiter gegen den neuen Unterstützungsabbau durch die Notverordnung und gegen Lohnkürzung durch Beitragserhöhung für die Erwerbslosenversicherung.
2. Sofortige Arbeitsbeschaffung für alle Erwerbslosen. Inanspruchnahme von ausreichenden Wohnungen, und Einbehalten durch Staat und Gemeinden der tarifmäßiger Regelung und Beschäftigung der Arbeit.
3. Deckung der Ausgaben durch Millionäre, durch Sonderbesteuerung aller Einkommen über 8000 Mark, durch Kürzung der Pensionen für Generale, Admirale, Minister und Offiziere auf die Höhe des Gehalts der Erwerbslosenversicherung, Einstellung der Subventionszahlungen an Industrie und Handel.
4. Sofortige Einführung des Siebenhunderttags und der Fünf-

Tagesordnung

für die Bezirks-erwerbslosenkongress am Mittwoch, dem 3. September, vormittags 10 Uhr, im Volkspark, Halle

1. Begrüßungsansprache.
2. Referat: Der Kampf der Erwerbslosen im kommenden Winter gegen Hungerlot, Zwangsarbeit und kapitalistische Diktatur. Genosse D o l g e r.
3. Die Lage der Erwerbslosen in Mitteldeutschland und ihre Einwirkung in die KPD. Referent: Genosse B a r t a n.
4. Diskussion.
5. Schlusswort, Wahlen und Willkommung.

Wir weisen noch einmal darauf hin, daß alle Delegierte zur rechten Zeit eintreffen müssen, damit die Tagesordnung eingehalten werden kann. Alle nicht delegierten Erwerbslosen können an dieser Konferenz aus 6 h teilnehmen.

Bezirks-Erwerbslosenausschuh, Bezirks-Ausschuh der Revolutionären Gewerkschaftsopposition Halle-Merseburg.

Der Schwindel von der Arbeitsbeschaffung

mens-Kongress, Herr Siemens selber, jenen berückelungen Brief an die Reichsbahnverwaltung gerichtet, in welchem nicht mehr und nicht weniger gefordert wurde, als Lohnabbau und Massenentlassungen in den Reichsbahnbetrieben. Diese Massenentlassungen sind auch in sehr umfangreicher Weise vorgenommen worden. Die Firma Siemens ist aber andererseits an der Erstellung der Waggons der Reichspost zweifelslos stark beteiligt und doch ist gerade sie es, die

bei dem Massenabbau von Angestellten in der Berliner Metallindustrie voranging

und wie das Ergebnis der Verhandlungen gezeigt hat, trotz der zu erwartenden Aufträge durch das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung nicht nur an ihren Abbaumaßnahmen festgehalten hat, sondern weiter den Abbau ankündigt.

Eine einfache Rechnung zeigt, daß von der Unterbringung von 100 000 Arbeitern, oder gar, wie es die Presse der Giftgaspartei hinstellen möchte, von 300 000 Arbeitern, gar keine Rede sein kann. Wenn durch dieses Arbeitsbeschaffungsprogramm insgesamt 30 000 Arbeiter weiter beschäftigt, statt entlassen werden, dann ist das hoch gerechnet, da ja der größte Teil der Summen für Rohstoffe usw. verzweigt werden muß.

Es heißt mit der Not der Wertigen Schuldloser freien, wenn man diese primitiven Maßnahmen als ein „Mittel zur Wiedereinstellung von 300 000 Arbeitern“ hinstellen sich bemüht. Fast drei Millionen willige Arbeitskräfte liegen auf dem Straßensplan, wollen sich auf den Arbeitsnachweiser und den Arbeitsämtern herumschlagen, um ein paar Pfennige zu erhalten, um ihr Leben weiter fristen zu können. Wägen sie in allen Gebieten an, gerade in diesen Mittelstücken noch ein bißchen Stimmung für die benötigten Waggons machen.

Arbeitsbeschaffung ist erst dann möglich, wenn die Wertigen die Produktionsmittel sich erobert und in eigene Verwaltung genommen haben. Diesem Willen werden sie am 14. September Ausdruck geben.

lageweise einschließend aller Wohlfahrtsarbeiter, Siebzehntendertag für Bergarbeiter unter Tage und Siebzehntendertag für gemischte und andere gesundheitsgefährliche Betriebe.

5. Zahlung ausreichender Erwerbslosenunterstützung vom ersten Tage an für die gesamte Dauer der Erwerbslosigkeit für alle Arbeiter, Arbeiterinnen und Jugendlichen.
6. Befreiung aller Sonderbestimmungen für Saisonarbeiter.
7. Gegen Arbeitsdienstplicht, Zwangsarbeit und Zwangsverpflichtung aufs Land. Gegen Zwangsberufsmassnahmen und Zwangsarbeit.
8. Bündnis der Erwerbslosen mit den Betriebsarbeitern im Kampfe mit der KPD, gegen Massenentlassungen, Festschließen und Lohnraub.
9. Kampf den Faschismus und Bildung von Betriebswehren in den Betrieben bei breiterer Einbeziehung der Erwerbslosen.
10. Kampf für ein freies, sozialistisches Deutschland im Bunde mit der Sowjetunion.

Der mitteldeutsche Kongress der Erwerbslosen muß werden ein Kongress der proletarischen Einheitsfront,

ein Kongress der 400 000 Erwerbslosen in Mitteldeutschland für das Kampfprogramm, das die Delegierten annehmen und gemeinsam mit den Massen durchführen müssen. Die Vorbereitung der Wirtschaftskrise zwingt alle Erwerbslosen zu verklärter politischer Stellungnahme; sie müssen den Staat bekämpfen, dessen Machthaber ihnen die Zwangsmaßnahmen auferlegen. So ist der Bezirks-erwerbslosenkongress ein

Aufruf zur Vorbereitung des Reichs-Erwerbslosentages am 10. September

für den Bezirk Mitteldeutschland. An diesem Tage müssen alle Erwerbslosen und Betriebsarbeiter auf den Beinen sein, den Bourgeoisie zeigen, daß ihnen die Straße gehört und daß vor allem die Opfer dieser verhassten, unglücklichen Wirtschaftskrisen, die Ausgebeuteten, Hungerleidenden, Zwangsarbeiter — ihre Klagen erkant haben und sich zur eigenen Kohorte der revolutionären Massenbewegung formieren.

Bezirks-Erwerbslosen-Ausschuh Halle-Merseburg

Arbeitsdienstplicht für erwerbslose Frauen KPD-Mehrheit in Hannover geht noch weiter als die Nazis

Hannover hat eine sozialdemokratische Stadtverordnetenmehrheit und befehlt die ausschlaggebenden Vemter mit ihren Leuten. Auch das Wohlfahrtsamt ist mit einem Sozialdemokraten besetzt. Dieses Wohlfahrtsamt lenkt an Arbeiterinnen, die auf Wohlfahrtsunterstützung infolge der Dauererwerbslosigkeit angewiesen sind.

Auflorderung zur Hilfsarbeit auf dem Stadthof. Arbeiterinnen, die im Monat monatlich und Verpflegung bei unzureichender Arbeit mit Urlaub an Sonn- und Feiertagen, wenn es der Betrieb gestattet, und einer Arbeitszeit an Sonntagen von 3 bis 6 Uhr nachmittags.

Die Arbeitsbedingungen kommen denen der republikanischen Gefängnisse sehr nahe. Es ist die ausgeprägteste Wohlstandskrise, die hier durchgeführt wird. Die Nazis forderten bekanntlich im Reichstag die Einführung eines Dienstpflichtgesetzes für alle männlichen und weiblichen Deutschen vom 7. bis 21. Lebensjahre. Das Wohlfahrtsamt der Stadt Hannover geht noch weiter, es verhängt über jede Arbeiterin, die Wohlfahrtsunterstützung empfangt — und wird in Zukunft auch männliche Kräfte dazu heranziehen — auf unbegrenzte Zeit und auf jedes Alter die Arbeitsdienstplicht. Was die Nazis zunächst nur einmal forderten, in der Großstadt Hannover mit einer sozialdemokratischen Mehrheit ist diese Dienstpflicht schon praktisch eingeführt.

Wie die SPD, das Diktaturprogramm Brüning, die Ausrüstung der Kranenfallennmitglieder, den Abbau der Erwerbslosenunterstützung und die Forderungspolitik des Junker mitmacht, so ist sie praktisch schon heute Mitglied bei der Militärregierung der monatlichen Arbeitstrakt, der Verringerung der Streikbrechergelder und der Auslieferung der Erwerbslosen zur brutalen Ausbeutung. Der Partei der Staatsfunktionäre und Brüning-Zuhälter keine Stimmen am 14. September.

Zwangsarbeit für die schaffende Jugend

Einmütig fordern alle Parteien, von den Nazis bis zur SPD, die Arbeitsdienstplicht für die schaffende Jugend.

Arbeitsdienstplicht aber heißt:

Organisation einer Streikbrecherarmee zur Verhinderung und Rückbildung der kommenden Wirtschaftskrisen und Militarisierung der schaffenden Jugend für den imperialistischen Krieg gegen die Sowjetunion.

Und deshalb sind auch die Sozialfaschisten für die Arbeitsdienstplicht, die sie „Arbeits-Militär“ nennen. Sie erklären:

„Es würde nichts schaden, wenn man dem schämenden Kraftgefühl, das sich Tag für Tag und Nacht für Nacht in den Zusammenstoßen zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten auslebt, fruchtbringende Beschäftigungsmöglichkeiten bieten könnte.“

„Eine deutsche Arbeiterarmee ist, wenn sie möglich ist, nur unter Führung der freien Gewerkschaften.“

Nicht Arbeit und Brot für die 600 000 jugendlichen Erwerbslosen, sondern Arbeitsdienstplicht — so heißen Sozialfaschisten der wertelastigen Jugend.

Nur eine Partei lehnt dieses Schandgesetz ab, das ist die Kommunistische Partei. Nur eine Jugendorganisation kämpft gegen dieses Gesetz, das ist der Kommunistische Jugendverband!

Deshalb marschieren die deutsche wertelastige Jugend am Internationalen Jugendtag unter den Fahnen des Kommunistischen Jugendverbandes, des kämpft die wertelastige Jugend für den Sieg der Liste 4, Kommunisten!

Achtung!

Damit sich jeder Erwerbslose die Broschüre: „Das wahre Gesicht der KPD“, ein Wort an die SPD-Arbeiter von W e r t a K e s e, ehemalige sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete, kaufen kann, ist der Preis von 20 Pfennig auf 10 Pfennig herabgesetzt worden.

Jeder Erwerbslose ein roter Wahlhelfer für den Sieg der Liste 4

Rund um den Erdball

Steinblöcke bringen Luxus-Express zur Entgleisung

Eisenbahn-Attentat in Kalifornien

Bisher 11 Todesopfer, 30 Schwerverletzte gemeldet — Immer noch Verunglückte zwischen den Trümmern

New York, 1. September. Rund zehn Meilen von San Francisco entfernt, entgleiste auf der Strecke Saint Louis—San Francisco am Montag morgen in fäulender Fahrt der Luxuszug. Nach den bisher vorliegenden Meldungen sind elf Passagiere getötet und über 30 verletzt.

Ein fürchterliches Bild der Zerstörung bot sich den Rettungsmannschaften des sofort alarmierten Hilfszuges dar. Drei große Pullmannwagen hatten sich vollkommen ineinander gefächelt. Die gelenden Stütze der Zugschloffen und die Schmerzschreie der Verwundeten und Sterbenden waren weithin hörbar. Die Rettungsarbeiten gestalteten sich äußerst schwierig,

da die Verletzten buchstäblich aus ihrer qualvollen Lage herausgeholt und gemeldet werden mußten.

Die Zahl der Toten wird sich aller Wahrscheinlichkeit nach noch erhöhen, da die Verletzungen vieler Passagiere außerordentlich schwer sind.

Wie bereits die erste flüchtige Untersuchung ergab, ist diese Katastrophe durch Eisenbahnarbeiter herbeigeführt worden. Die unbekanntes Täter, die allem Anschein nach mit dem vorigen Zugverkehr vertraut gewesen sein müssen, haben schwere Steinblöcke kurz vor der fahrplanmäßigen Abfahrt des Luxuszug auf die Schienen gewälzt.

Das Säuglingssterben in Lübeck

Jetzt 71 Opfer der verbrecherischen Nachlässigkeit

Lübeck, 1. September. Das Lübecker Gesundheitsamt ist gezwungen, wiederum einen Todesfall unter den mit dem unreinigten Calmette-Präparat genährten Säuglingen zu melden. Die Zahl der Opfer des verbrecherischen Leichtsinns der Lübecker Ärzte und der Gesundheitsbehörde hat sich somit auf 71 erhöht. Krank sind zur Zeit noch 49 Säuglinge.

Skandinavien in Erwartung der „Bratvaag“

Einbalsamierung Andreess unmöglich

Zerstörung der Leichen der drei schwedischen Nordpolforscher zu weit vorgeschritten — Kapitalistische Pressehähnen wütern Riesenbeute

Stockholm, 1. September. Ganz Skandinavien befindet sich zur Zeit in fieberhafter Erwartung des Expeditionschiffes „Bratvaag“, das bekanntlich die Meerereise der vor 33 Jahren verschollenen Nordpol-Expedition Andreess an Bord hat. Von Hasbit, westlich von Sammerfest, bekanntlich die nördlichste Stadt Europas, wo die „Bratvaag“ am Sonntag nachmittags eintraf, setzte das Schiff die Reise nach Stavros im Arktis-Fjord fort. In Stavros kann die „Bratvaag“ erst am Montag nachmittags pünktlich eintreffen.

Manchmal ist bereits bekannt geworden, daß die Leichen der drei schwedischen Forscher nicht so gut erhalten sind, daß eine Einbalsamierung möglich ist. So war Andreess Kopf beispielsweise vollständig vom Körper getrennt. Von den beiden Gefährten Andreess, also von Strindberg und Franckel ist wenig mehr als Skelette erhalten.

Doch besteht keinerlei Zweifel, daß es sich hier um Andreess und seine Begleiter handelt, da das Tagebuch, das man an der Fundstelle hoch oben im Arktis fand und die übrigen Gegenstände deutlich den Beweis dafür erbringen.

Die Leberreste der drei Forscher befinden sich wohlkonserviert in Eis an Bord der „Bratvaag“. Die wissenschaftliche Kommission wird ihre Arbeit jedoch nicht an Bord der „Bratvaag“ aufnehmen, sondern man wird die Leichen und

alles übrige in Trommeln an Land bringen. Wie der wissenschaftliche Leiter der norwegischen Expedition, Dr. Horn, mitteilt, sind die Leichen in Kisten aufbewahrt, die mit Segeltuch und Eis bedeckt wurden. Der Sicherheit wegen sind die Kisten fest angebanden.

Die großen kapitalistischen Pressekonzerne, die mit dieser Sensation ein Riesengeschäft machen wollen, haben zu Hunderten ihre Vertreter nach Stavros beordert.

Sie überbieten sich gegenseitig mit gewaltigen Summen, um das alleinige Recht zu erhalten, den Nachlaß Andreess zu veröffentlichen.

Die Summen, die dafür geboten wurden, erreichen die phantastische Höhe von einer halben Million Kronen. Die schwerkapitalistischen Pressehähnen wütern eben eine Riesenbeute, und da ist ihnen kein Geld zu hoch. Wollen sie doch nur zu gut, daß sich ihre Unkosten bezahlt machen. So erlöbten ihnen selbst die Skelette von Forschern, die im Dienste der Wissenschaft gefallen sind, noch wertvoll genug, um Kapital herauszuschlagen.

Die Glutitze in Frankreich

30 Soldaten vom Hitzschlag betroffen

Paris, 1. September. Trotz einer Reihe Gewitterschläge in allen Teilen Frankreichs dauert die Glutitze unermindert an. Die Temperatur schwankt zwischen 30 und 35 Grad. Überall mußten Menschen mit Hitzschlägen in die Krankenhäuser eingeliefert werden. Auch mehrere Todesopfer sind bereits gemeldet. Auf dem Frontposten nach Metz sind in Langres nicht weniger als 30 Soldaten vom 21. Infanterieregiment vom Hitzschlag betroffen worden. Während einer bereits gestorben ist, schweben drei weitere noch in Lebensgefahr.

Stahlhelmauto verunglückt

Acht Schwere, sieben Leichtverletzte

Saarbrücken, 1. September. Zwischen Müsweiler und Oberbrunnbach verunglückte am Sonntagabend ein Kraftwagen aus Saarbrücken, der 40 Stahlhelmlente zu einer reaktionären Kundgebung nach Saar transportieren sollte. Infolge Verjagens der Steuerung rannte das Auto in voller Fahrt gegen einen Telegraphenmast und stürzte um. Acht Stahlhelmer wurden schwer, sieben weitere leicht verletzt.

Großfeuer vernichtet acht Bauerngehöfte

Ein Riesenfeuer löschte in dem Dorfe Dolgen in Mecklenburg bei Friedberg nicht weniger als acht Gehöfte bis auf die Grundmauern ein. Das Feuer war in der Scheune des Gemeindevorsethers entstanden und breitete sich durch Funkenflug mit rasender Schnelligkeit auf die anderen Gehöfte aus.

Eifersuchtsdrama in Jsch

Am Sonntag hat sich in Jsch ein brutales Eifersuchtsdrama zugetragen. Der Schauspieler Daehn verletzte seine Freundin, die 18jährige Schauspielerin Grete Maren, durch fünf Schüsse so schwer, daß an dem Aufkommen gewweifelt wird. Bei seiner Verhaftung erklärte er, aus Eifersucht gehandelt zu haben.

Schiffszusatzenstoß bei Dänfirchen

In der Nähe der Riffe von Dänfirchen ereignete sich am Sonntag infolge dichten Nebels ein Schiffszusammenstoß. Beide Schiffe erlitten schwere Beschädigungen.

Das rote ABC

0

Offiziere und andre Ordnungsbosten
Wird kein Oberreichsanwalt belästigen.
Doch wer sich in Opposition zur „Obrigkelt“ stellt,
Dem haut sie, bis er in Ohnmacht fällt,
Damit er als Opfer zu sterben lerne
Für Ordensritter und Oelkonzerne!
Fallt nicht herein auf das kirchliche Opium
Und das pazifistische Orgelgerumm,
Indem sie gehelm gegen Osten rüsten!

Wählt Kommunisten!

4 gegen 4!

Bier Häder hat der Wagen
Der deutschen Republik,
Bier Häder, die ihn tragen
Mit Gott durchs Hina und die.
Das erste heißt der Büchsenad,
Das zweite der Faschismus,
Das dritte heißt das Waffenspo,
Das vierte Reformismus!
Bier Häder hat der Karren
Der deutschen Diktatur,
Der seine gläubigen Karren
Ins Hoffungsgeleise fuhr.

Sent steht der Grohgearter
Und auch der Schelbaron
Dem armen Proletarier
Den letzten Wachsenlohn.
Sie haben bei dem fetten Mäst
Den Segen aller Pfaffen.
Der Nazi schützt das Kapital,
Für Geld und gute Waffen.
Wo vierter Mann beim Glat
Drängt sich der Soj van,
Wolle er mal im Glat
Minister werden kann!

Bier viele Säulen tragen
Das Dach der Reaktion;
Wir müssen sie zerlegen;
Sie sind nicht aus Beton.
Die Biere machen ein Geschrei,
Doch läßt sie Heralen kammeln!
Die Kommunistische Partei!
Nur alle Kräfte kammeln!
Kramt nicht den falschen Göttern!
Den Bieren kein Mandat!
Die Biere kann geschmettern
Nur die Partei der Tat!

Denk an die Bier in eurer Waffensubite,
Macht ihr das Kreuzchen auf das Wapppapier!
Bier klagen die Faschistenrepublik!
Und die Bier schlägt

Liste 4!

(Aus der letzten erschienenen Wahlnummer des „Kulturbote“.)
Erwin.

Auto vom Schnellzug überfahren

Am Sonntag wurde an einem Bahnhofsübergang bei Laufen in Oberbayern ein Personenauto vom Schnellzug überfahren. Die drei Insassen des Autos, zwei Männer und eine Frau, wurden getötet.

Unsere wichtigste Wahlbroschüre
Kommunismus
die einzige Rettung

56 Seiten
nur
20 Pf.

VON
Hermann Remmele

gibt jedem Genossen, jedem roten Wahlhelfer die besten Argumente für die Wahltagation.

Alle Grundfragen der kommunistischen Politik werden eingehend behandelt: Das Erwerbslosenproblem / Die Arbeitszeitfrage / Die Lohnfrage / Kommunisten und das Eigentum / Die Kampfgemeinschaft der Arbeiter und Bauern / Die Kollektivierung der Landwirtschaft / Kann das deutsche Proletariat die Macht erobern? / Wie verwirklicht das Proletariat seine Diktatur?

Diese Broschüre gibt gleichzeitig eine Plattform für die

kommende deutsche RÄTEREPUBLIK

und zeigt den Weg der Befreiung der durch Young-Kollaborateure und Kapitalaknechtschaft unterjochten werktätigen Massen. Sie hilft, die Massen erobern!

Erhältlich bei allen Litobleuten.

Rote Hilfe im Wahlkampf



Diese vorbildliche Agitation partelloser Arbeiter für die Liste 4, die Mitglied der Roten Hilfe sind, befindet sich in Berlin, Liebenwalder Straße 24. Die Roten Helfer wissen, daß ihr Kampf gegen Polizeil. und Justizterror für die Befreiung aller proletarisch-politischen Gefangenen nur von der kommunistischen Partei unterstützt wird. Gegen alle Feinde der Amnestie der proletarisch-politischen Gefangenen werden sie unermüdet arbeiten für den Sieg der Kommunistischen Liste 4!

Die Forderungen der mitteldeutschen Bergarbeiter!

Organisiert den Kampf unter der Führung der KGD. - Wählt auf allen Gruben Delegierte zur Konferenz am 7. September in Halle!

Mehr als in anderen Industriezweigen hat die reformistische Gewerkschaftsbürokratie ihre vollkommene Unfähigkeit, in enger Gemeinschaft mit den Bergarbeitern den Kampf gegen die Unternehmerrückwärtsentwicklung zu führen, die die Annahme des Schiedsrichters unter der Regie des sozialdemokratischen Arbeitsministers Brüßel brachte den gegenwärtigen Tarif.

Doch die Gewerkschaftsbürokratie auch in Zukunft keinen Kampf führen wird, ist schon durch ihr Verhalten als Streikbrecher im Mansfelder-Kampfe bei den Bergarbeitern genügend klar. Vor ihnen steht vielmehr die Frage, wer wird diesen Kampf führen? Nun, auch hier hat der Mansfelder Streik gezeigt, daß nur die KGD, als Führung in Frage kommt.

Dabei ist für jeden Arbeiter vollkommen klar, daß nicht erst gewartet werden darf, bis die Unternehmer angreifen, sondern auch im Streikkampf gilt das Gesetz, daß der Heiß die beste Parade ist. Folgender Entwurf eines Tarifvertrages, ausgearbeitet vom Bezirksausschuß der KGD, Industriezweige Braunkohle, hat den Zweck,

daß derselbe in den einzelnen Belegschaften durchdiskutiert wird, daß auch die Belegschaften Delegierte wählen, die am 7. September auf der Konferenz in Halle dann gemeinsam eine endgültige Formulierung der Forderungen ausarbeiten und festlegen.

Am 31. Oktober läuft der Kohlentarif im oberflächlichen Bergbau und am 30. September im Ruhrbergbau ab. Im Mitteldeutschland ist am 30. September das Mehrarbeitsabkommen fällig, das eine 9- bis 9 1/2 stündige Schicht festlegt. Trotz der tiefsten Gewerkschaftslosigkeit und der ärgsten Enttäuschungen hat die Gewerkschaftsbürokratie dieses Abkommen nicht geändert.

Die KGD stellt den Bergarbeitern jetzt die Aufgabe, nicht zu warten, bis die Fristen ablaufen, sondern in engem Kampfbündnis mit den Kampfs an der Ruhr und in Oberflächlichen einen einheitlichen Kampf für Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung im außerparlamentarischen Kampf zu organisieren.

2. Unfall-, Knappheits- oder Reichsinvaliden ist die gleiche Kohlenmenge zu liefern, wenn sie bis zum Eintritt ihrer Invalidität auf einem Bergwerk beschäftigt waren und einen eigenen Saushalt führen. Bergarbeiter erworbene Bergarbeiter sowie Witwen, die als Ernährer der Familie gelten, haben Anspruch auf die gleiche Menge Deputatlohn. Witwen von Bergarbeitern sind mindestens 50 Prozent der zuzubehaltenden Menge zu liefern.

3. Die Deputatlohn müssen frei Haus geliefert werden. Die Lieferung von Deputatlohn an die nicht mehr Beschäftigten hat von der Grube aus zu geschehen, von der dieselben zuletzt abgehört sind.

10. Lohnzahlungstermine

1. Der verdiente Lohn wird am Donnerstag einer jeden Woche für die vorhergehende Woche ausgezahlt. Reklamationen wegen unrichtiger Auszahlungen können jederzeit gestellt. Die Ausschlussfrist ist unbeschränkt.

11. Dauer des Vertrages

Dieser Tarif tritt in der vorliegenden Fassung mit der gegenseitigen Unterzeichnung am 1. September 1930 in Kraft und ist am 1. eines jeden Monats zum letzten bestellenden Kündigungstag.

Der Tarifvertrag muß auf den Werken und Schächten dauernd ausgehängt sein sowie jedem Mitglied der Betriebsleitung unentgeltlich ausgehändigt werden.

Entwurf eines Tarifvertrages für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau

Die Hauptforderungen

Folgende wichtige Forderungen müssen von der mitteldeutschen Braunkohlen-Bergarbeiterchaft aufgestellt werden:

1. Die Schichtzeit beträgt 7 Stunden über und 6 Stunden unter Tage.
2. Beseitigung der vielen Lohnkasseln, Festlegung eines einheitlichen Grundlohnes.
3. Fortfall aller Nebenleistungen und 18 Tage Lohnurlaub für alle Arbeiter. 24 Tage für alle jugendlichen Arbeiter unter 18 Jahren.
4. Festlegung der gesamten Löhne einschließlich aller Leistungsprämien als Tariflohn.
5. Kerns und Handweitere bilden ein Komitee.
6. Restlose Beseitigung des Strafsystems.

4. Strafen

Die Verhängung von Strafen, ganz gleich aus welchen Gründen, ist allen Werksbeamten verboten. Wenn ein Arbeiter in größter Pflichterfüllung und leistungsfähiger Haltung Leben und Gesundheit seiner Arbeitskameraden gefährdet, so ist der Arbeiter allein berechtigt, den Kameraden im Namen der Belegschaft zu bestrafen. Vor der Straffestsetzung ist der beschuldigte Arbeiter in allen Fällen zu hören.

5. Entlassung und Einstellung

Entlassungen und Einstellungen von Arbeitern dürfen nur mit Zustimmung des Arbeiterrats erfolgen.

6. Urlaub

1. Die Urlaubszeit läuft vom 1. April bis 31. August eines jeden Jahres.
2. Der Urlaub wird allen Arbeitern und Arbeiterinnen gewährt und beträgt:
 - a) Jugendliche Arbeiter bis zu ihrem vollendeten 18. Lebensjahre 24 Tage.
 - b) Für Arbeiter über 18 Jahre 15 Tage.
 - c) Für Arbeiter, die unter Tage und in den Nebenbetrieben beschäftigt sind, letztere soweit sie in Schmelzereien und Teerdestillationsbetrieben arbeiten, 18 Tage.
 - d) Die Schwerbeschäftigten erhalten zu dem ihnen zustehenden Urlaub weitere 6 Tage.
3. Für die Urlaubsschicht erhält der Arbeiter den Lohn pro Tag, der er pro Schicht verdient haben würde mit festgesetzten Zulagen. Während der bei der Berechnung mit festgesetzten Zulagen während des Monats freier Schicht eingeleitet gewesen, so werden diese als vollgültig berechnet. tritt in dem Monat, in dem der Urlaub angetreten wird, gegenüber dem Vormonat eine Lohnminderung ein, so ist auch für die Urlaubsschicht der höhere Lohn zu zahlen.
4. Die allgemeine Regelung des Antritts des Urlaubs im einzelnen geschieht durch den Arbeiterrat. Ein freiwilliger Bericht auf den Urlaub ist nicht zulässig, auch nicht gegen Bezahlung.
5. Ist ein Arbeiter durch Krankheit oder Unfall nicht in der Lage, den Urlaub zu nehmen, muß ihm der Urlaub nachträglich gewährt werden, auch unbezahlt der Invalidität.
6. Der Urlaub muß in allen Fällen gewährt werden. Kann die Gewährung wegen Entlassung oder Kündigung nicht durch Freistellung von der Arbeit erfolgen, kann hat der Arbeiter Anspruch auf Urlaubsschicht. Diejenigen Arbeiter, die vor dem neuen Urlaubsjahr von einem Bergwerk abgehen, haben anteilmäßig Anspruch auf ihren Urlaub.

Lohntafel

für das mitteldeutsche Braunkohlenrevier

Entsprechend dem Manteltarif ist folgende Lohnordnung vorzuziehen:

Für alle Arbeiter über und unter Tage wird ein Grundlohn festgelegt.

Der Grundlohn beträgt für alle Arbeiter 8 M., pro Schicht. Unter diesem Lohn darf kein Arbeiter über 18 Jahre entlohnt werden.

Soziallohn

Haushandgeld je Schicht 3 Prozent vom Grundlohn gleich 0,24 M., Kindergeld je Schicht und Kind 3 Prozent vom Grundlohn gleich 0,24 M.

1. Arbeiter unter Tage

- a) Schichtführer, Bruchschläger, Hüter, Wehrtürer sowie alle bei der Kohlenabfuhr, Gefäß- und Korbungsarbeiten 30 Prozent mehr als der Grundlohn gleich 10,40 M.
- b) Schlepper, Förderleute, Zimmerleute, Wagenführer und Grubenlokomotivführer 20 Prozent mehr als der Grundlohn gleich 9,60 M.
- c) Ketten- und Seilbahnbediener, Aufsteiger, Absteiger, Aussteiger, Schichtenführer 20 Prozent mehr als der Grundlohn gleich 9,60 M.
- d) Pumpen- und Motorenwärter und sonstige Schichtführer 10 Prozent mehr als der Grundlohn gleich 8,80 M.

2. Arbeiter über Tage

- a) Borarbeiter, Säuer, Wehrtürer, Handwerker, Aufsteiger, Bagger- und Lokomotivführer 15 Prozent mehr als der Grundlohn - 9,20 M.
- b) Schlepper und Förderleute, Reparaturführer, Bahnleger, Schurtenbauer, Frischbediener und alle unmittelbar bei der Förderung beschäftigten Leute 10 Prozent mehr als der Grundlohn beträgt - 8,80 M.
- c) Pumpen-Motorenwärter und sonstige Schichtführer mindestens den Grundlohn von 8,00 M.

3. Abraumarbeiter

- a) Schachtmeister, Borarbeiter, Handwerker, Kippmeister, Aufsteiger, Bagger- und Lokomotivführer 15 Prozent mehr als der Grundlohn - 9,20 M.
- b) Kipper, Klappenführer, Gefäßführer, Abraumarbeiter im Handabfuhrbereich 10 Prozent mehr als der Grundlohn - 8,80 M. (Seiler und Feuerleute.)
- c) Bedienungsmannschaften am Bagger, Stopplonen, Nachpump- und Beiseharbeiter, Bremser, Weichensteller und Sandtröcker mindestens den Grundlohn - 8,00 M.

4. Fabrik- und Maschinenarbeiter

- a) Aufsteiger, Borarbeiter, Lokomotivführer auf Feuerlokomotiven des Antriebslaufes 15 Prozent mehr als der Grundlohn - 9,20 M.
- b) Formleger, Dreher, Nagel- und Treibendhaken, Maßpfeifenbediener, Schneider, Führer 10 Prozent mehr als der Grundlohn - 8,80 M.
- c) Kohlenbodenarbeiter, Bandwärter, Bruchführer, Kipphauswärter, Bremser und Rangierer, Seher (Nachpfeife), Antriebslaufbediener, Ausbelegungs- und Transportarbeiter, Seil- und Nebenarbeiter mindestens den Grundlohn - 8,00 M.

5. Del., Paraffins-, Kerzen- und Bitumenfabriken

- a) Nagel- und Treibendhakenbediener, Benzolwäscher, Destillateure, Kohlenbodenarbeiter, Bandwärter usw., Mäher und Wägenführer 15 Prozent mehr als der Grundlohn - 9,20 M.
- b) Paraffinpresser, Kerzenmacher, Keller- und Schuppen- sowie Hilfsarbeiter 10 Prozent mehr als der Grundlohn - 8,80 M.

6. Maschinen- und Kesseldienstleistungen

- a) Maschinen- und Schiffsbediener und Kesseldienstleistungen bei Schicht, Obersteher und sonstige Maschinenführer 15 Prozent mehr als der Grundlohn - 9,20 M.
- b) Wägenführer, Kesseltreiber, Speiler, Seiler, Pumpen- und Motorenwärter 10 Prozent mehr als der Grundlohn - 8,80 M.

7. Gelehrte Handwerker

Einstufige Handwerker fallen unter die Lohnklasse der Borarbeiter, einschließlich der 15 Prozent mehr - 9,20 M.

Angelernte Handwerker erhalten den Lohn je einstufige 10 Prozent mehr als der Grundlohn - 8,80 M.

8. Jugendliche Arbeiter

Im Alter von 14 bis 15 Jahren 50 Prozent des Grundlohns - 4,00 M., im Alter von 15 bis 16 Jahren 60 Prozent des Grundlohns - 4,80 M., im Alter von 16 bis 17 Jahren 75 Prozent des Grundlohns - 6,00 M., im Alter von 17 bis 18 Jahren 90 Prozent des Grundlohns - 7,20 M.

9. Bestrafung

Am 1. Verjahre 35 Prozent des Grundlohns - 2,80 M., Am 2. Verjahre 50 Prozent des Grundlohns - 4,00 M., Am 3. Verjahre 75 Prozent des Grundlohns - 6,00 M.

10. Arbeiterinnen

erhalten den gleichen Lohn der männlichen Kollegen ihrer Gruppe.

Der Manteltarifvertrag erhält folgenden Inhalt

Zwischen dem Arbeitgeberverband für den Braunkohlenbergbau, E. A., in Halle a. d. Saale und den auf der Delegiertenversammlung aller Grubenanlagen und bagagefähigen Nebenbetrieben gewählten Vertretern ist folgender Tarifvertrag abgeschlossen worden:

1. Geltungsgebiet

1. Der Vertrag hat Gültigkeit für alle Grubenanlagen des mitteldeutschen Braunkohlenreviers und die mit diesen verbundenen Nebenbetriebe.
2. Sonderbestimmungen entgegen den Bestimmungen dieses Vertrages können nur getroffen werden, wenn sie Vorteile für die einzelnen Arbeiter enthalten und über diesen Vertrag hinausgehen.
3. Zwischenunternehmer sind auf den dem Tarifvertrag unterstellten Werken und Anlagen nicht zugelassen.

2. Arbeitszeit

1. Die Schichtzeit unter Tage, einschließlich Eins- und Ausfahrt, beträgt sechs Stunden. Im schichtfremden Arbeitspunkt, nähen Ortsbetriebe, beim Streckenaufbau und beim Schachtarbeiten und nähen Ortsbetriebe darf die Schichtzeit 5 Stunden nicht übersteigen. Die Festlegung der Arbeitszeit vor solchen Betriebspunkten erfolgt durch den Arbeiterrat.
2. Die Arbeitszeit über Tage beträgt 7 Stunden für Erwachsene, für Jugendliche 6 Stunden einschließlich der Pausen. Derselben werden durch den Arbeiterrat bestimmt und können nur durch denselben geändert werden.
3. Jugendliche Arbeiter unter 18 Jahren dürfen nicht in der Grube und auch nicht nachts beschäftigt werden. Als Nachtarbeit gilt die Arbeit von 22 bis morgens 6 Uhr.
4. Die Fortbildungspflicht ist für Schicht- und jugendliche Arbeiter liegt in der Arbeitszeit und wird bezahlt.
5. Für Tagesarbeiter, die vorübergehend unter Tage beschäftigt werden, gilt die Schichtzeit der Untertagearbeiter. Werden Untertagearbeiter vorübergehend über Tage beschäftigt, so gilt die Schichtzeit der Untertagearbeiter.

3. Ueberstundens- und Ueberstunden

1. Sonntagsarbeit darf in nicht durchgehenden Betrieben nur zur Rettung von Menschenleben geleistet werden.
2. Ueberstunden und Ueberstundensarbeiten dürfen nur zur Verhinderung von Unfällen oder aus Rettung und Bergung von Verunglückten verfahren werden. Geleistete Ueberstunden und Ueberstunden müssen in der folgenden Woche als einfach bezahlte Schichten abgeleitet werden. Für alle Ueberstunden und Ueberstunden muß ein Wertungssatz von 100 Prozent festgelegt werden, für alle Ueberstunden ein Zuschlag von 100 Prozent. Bei durchgehenden Betrieben muß für die Sonntagsarbeiten ebenfalls ein Zuschlag von 100 Prozent festgelegt werden.
3. Für Feierlichkeiten ist den betroffenen Arbeitern der Lohnausfall zu ersetzen, soweit den Arbeitern nicht andere Arbeit ist der bisherigen Durchschnittslohn zu zahlen.
4. Am 1. Mai darf nicht gearbeitet werden. Notwendige Arbeiten gemäß Absatz 2 sind an diesem Tage mit 100 Prozent Zuschlag zu bezahlen.
5. Feierlichkeiten, Urlaub und Krankheitszeiten sowie Streiktagen gelten bei der Urlaubsberechnung als ordnungsmäßig verfehrene Schichten.
6. Arbeiter, die infolge eines Unfalles ihre Arbeitsstelle vor Beendigung ihrer Schicht verlassen müssen, haben Anspruch für den Lohn auf die ganze Schicht. Die Hinterbliebenen des tödlich Verunglückten und infolge eines Betriebsunfalles verstorbener Arbeiter haben Anspruch auf Lohn für 12 Arbeitstagen. Diejenigen Arbeiter, die zur Unfallunterstützung geladen werden, haben Anspruch auf Bezahlung der hierfür aufgewandten Zeit gemäß ihres Schichtverdienstes.
7. Als Sonn- und Feiertagsarbeit gilt die Zeit von 6 Uhr morgens des betreffenden Tages bis 6 Uhr morgens des darauffolgenden Tages.

3. Ueberstundens- und Ueberstunden

1. Die Verhängung von Strafen, ganz gleich aus welchen Gründen, ist allen Werksbeamten verboten. Wenn ein Arbeiter in größter Pflichterfüllung und leistungsfähiger Haltung Leben und Gesundheit seiner Arbeitskameraden gefährdet, so ist der Arbeiter allein berechtigt, den Kameraden im Namen der Belegschaft zu bestrafen. Vor der Straffestsetzung ist der beschuldigte Arbeiter in allen Fällen zu hören.
2. Durch die Lohnordnung muß ein für den einzelnen Arbeiter zum Lebensunterhalt ausreichender Grundlohn festgelegt werden, der als Mindestlohn an jeden Arbeiter gezahlt werden muß.
3. Die Gebührgarantie und das Prämienystem ist abzuhängen. Solange der reelle Lohn noch nicht durchgehend ist, können die betreffenden Arbeiter nur mit Genehmigung der Betriebsleitung übernommen werden. Die Gebührgarantie ist anzugehen, daß ein Mehrerwerb von 35 Prozent über den in der Lohnordnung festgelegten Grundlohn als Mindestlohn garantiert ist.

8. Soziallohn

Zu den festgelegten Soziallohn tritt bei verheirateten Arbeitern ein Soziallohn hinzu. Derselbe beträgt für jeden den Saushalt des Arbeiters angehörenden Angehörigen, für dessen Unterhalt der Arbeiter zu sorgen verpflichtet ist, 3 Prozent des Grundlohns.

1. Nicht verheiratete oder geschiedene Arbeiter, die mit Familienangehörigen einen eigenen Saushalt führen, sind den verheirateten Arbeitern gleichzustellen.
2. Der Soziallohn ist für die Familienangehörigen (Kinder usw.) solange zu zahlen, bis diese selbst in der Lage sind, ihren Lebensunterhalt zu zahlen, bis diese selbst in der Lage sind, ihren Lebensunterhalt zu zahlen, bis diese selbst in der Lage sind, ihren Lebensunterhalt zu zahlen.

9. Deputatlohn

1. Jeder Arbeiter erhält unentgeltlich Versorgung von 120 Zentner Weizen pro Jahr. Auch sonstige Abfälle dürfen nicht gefordert werden. Mehrere Arbeiter in einem Saushalt wohnen, erhält der Weisliche oder als Saushaltungsverband geltende die vollen 120 Zentner.

Die Forderungen zum Lohn

7. Löhne

1. Die Arbeiter über und unter Tage erhalten für die festgesetzte Schichtzeit Mindestlohn. Die Höhe der Schichtlohn für die einzelnen Arbeiterkategorien wird durch eine Tabelle zu vereinbarenden Lohnordnung festgelegt, die vor dem neuen Tarifvertrag ist und gemeinsam mit diesem abgeschlossen werden muß.
2. Durch die Lohnordnung muß ein für den einzelnen Arbeiter zum Lebensunterhalt ausreichender Grundlohn festgelegt werden, der als Mindestlohn an jeden Arbeiter gezahlt werden muß.
3. Die Gebührgarantie und das Prämienystem ist abzuhängen. Solange der reelle Lohn noch nicht durchgehend ist, können die betreffenden Arbeiter nur mit Genehmigung der Betriebsleitung übernommen werden. Die Gebührgarantie ist anzugehen, daß ein Mehrerwerb von 35 Prozent über den in der Lohnordnung festgelegten Grundlohn als Mindestlohn garantiert ist.

8. Soziallohn

Zu den festgelegten Soziallohn tritt bei verheirateten Arbeitern ein Soziallohn hinzu. Derselbe beträgt für jeden den Saushalt des Arbeiters angehörenden Angehörigen, für dessen Unterhalt der Arbeiter zu sorgen verpflichtet ist, 3 Prozent des Grundlohns.

1. Nicht verheiratete oder geschiedene Arbeiter, die mit Familienangehörigen einen eigenen Saushalt führen, sind den verheirateten Arbeitern gleichzustellen.
2. Der Soziallohn ist für die Familienangehörigen (Kinder usw.) solange zu zahlen, bis diese selbst in der Lage sind, ihren Lebensunterhalt zu zahlen, bis diese selbst in der Lage sind, ihren Lebensunterhalt zu zahlen, bis diese selbst in der Lage sind, ihren Lebensunterhalt zu zahlen.

Jede Belegschaft muß auf der Betriebs-Delegierten-Konferenz vertreten sein!

Richard Fricke Soligshöhe Seber Panoffabrikation / Manufr. 1 30118

Referiert 117

Trinkt die gute Milch aus der Molkerei Trotha

Referiert 101

Auto-Kühler Reparatur E. Bape, Mansfelder Straße 45 30430

Lederhandlung H. Pfafferoth Gr. Klausstr. 1 30426

Beerigungs-Anstalt Willy Lube, Krutenbergstr. 7

Rest. Friedr. Thurm, Verkehrslokal für Lebensmittel 30027

C. Schober Auto-Ole Schwelbellestr. 36 30133

Rojen-Apothete Merseburger Straße 112 30009

Baumgarten, Gr. Steinfr. 17 Fachgeschäft für Bandagen 30183

F. Lindenhahn, Königstr. 8 Eisenwaren, Werkzeuge Baubeschläge, Oefen, Herde 30326

Brennholz, 1000 Stück, 1,20 1000 Stück, 1,20 1000 Stück, 1,20 1000 Stück, 1,20

Bartel & Bede, Velbarger Str. 32, Eisenwaren, Schneidgeräthe, Messer, etc. 30123

Referiert Nr. 3 30156

Hallesche Beerigungsanstalt „Pietät“ Inhaber: W. Burfel 30158

Baul Kraneis, Kohlenhandlung Beelenzer Str. 222 30327

Wieschen, feiner Schnitt, Futterheu, etc. 30347

Referiert Nr. 113 30424

Groß-Lackieranstalt Halle-Diemitz Inh.: Paul Steinbach, Tel. 343 90 30425

Referiert 110 80147

Elektrische Anlagen Funger & Haage, K. Rast Haus der Elektrotechnik - Geiststraße 28 30179

Referiert 111 30144

Ernst Nilius Fabrik Kupferwaren, Rohrleitungs- für Bau und Zentralheizungen 30419

Referiert 30110

Kleine Anzeigen haben im Klassenkampf Große Wirkung 30158

Referiert 101a 30307

Otto Mucha Tabak u. Süßwaren-Großhandlung 30105

Zoo Herrlich gelegen Ständ. wechselnd. Tierbestand Große Neuanlagen 30191

Mostrich- und Speiseölfabrik Wilhelm Krahnert & Co. 30167

Gute Romane liegen im „Klassenkampf“ 30172

Fliesen liefert und verlegt Gebr. Stelzer 30421

Hallesche Essigfabriken G.m.b.H. Halle a.S. Weinessig - Tafellessig Essigsprit - Mostrich - Speiseöl 30187

das wahre Volksauto OTTO KÜHN, Halle Tel. 273 51 30192

empfehlen ihre Produkte in better Qualität 30109

Färberei Naumann & Co. reinigt, färbt, wäscht preiswert / Fabrik: Jacobsstr. 39 30172

Referiert 106 30414

50 Jahre 1880-1930 Aug. Zeit Erste Hallesche Sauerkohlenfabrik 30309

Molkerei Niemberg 30310

empfehlen ihre Produkte in better Qualität 30109

Gute Romane liegen im „Klassenkampf“ 30172

Drogen - Farben - Foto Seifen - Haushaltswaren Bruno Frelsch, Moritzwinger 1 30108

Richard Marschallek Tischlerei u. Glaserie + Jägerplatz 30 30313

die Firma Heinrich Baensch Porzellanfabrik, LETTIN 30335

empfehlen ihre Produkte in better Qualität 30109

die gute Eiernudel 30174

Albert Müller Futtermittel 30186

Max Hunger, Adolfstr. 1 Milch, Butter, Spez. Schlagsahne Tel. 216 63 30334

Extraktreiche Likörreszenzen zum Selbstberellen von Likören, 1 Dtd. sortiert, für 12 Liter ausreichend Laborat. E. Walther Halle-Trotha 112 30382

empfehlen ihre Produkte in better Qualität 30109

Möbel O. Bernhardt 30194

Otto Fricke, Fischplan 1 30330

I. Lotze Trothaer Straße 20 Herren- u. Damen-Konfektion / Arbeitskleidung 30331

Referiert Nr. 4 30319

empfehlen ihre Produkte in better Qualität 30109

Möbel O. Bernhardt 30194

Kaustrauen nur bei unseren Inserenten! 30319

Oskar Sperling Klempnerel. u. Installation Installat. 24 30177

Wert für die „Kote Hilfe“ 30326

Kauf bei Probsthayn, Mittelstr. 10 30192

Gustav Schröder, Hohe Straße 8 30227

Eise Klingbeil Ww. Woll- und Seidenwaren 30376

Glaserie und Tischlerei ALFRED BÜTNER 30192

Karl Möbus, Hallesche Straße 12 30120

Albert Henze Klempner, Zünftation, Regenburger Straße 5 30127

Gustav Godehardt 30129

Barbara-Drogerie 30191

Klara Jänicke 30345

Curt Rosenhahn 30121

Gassthaus Kadewell 30230

Zentral-Molkerei, Ammendorf 30130

Paul Schneider, G.m.b.H. 30180

Trinkt nur Braubier 30221

Willy Bauermann, 30115

Die Arbeiterzeitung trinkt Jeßnitz Braubier 30231

Max Gähler 30136

Adler-Drogerie 30189

Walter Kämmer 30276

Trinkt Eilemi-Markenmilch aus dem Milchhof Eisleben 30778

Bestattungshaus Karl Höfer 30301

Pinthus & Ahlfeld 30408

Max Zaubitzer 30325

Hermann Pflaie 30340

INGER-Nähmaschinen 30220

Kaisermühle 30301

Drogerie Karl Krampe 30408

Genossenschaftler 30342

Walter Kämmer 30276

Rudolf Bolge 30287

Paul König 30495

Ant-Spezial-Geschäft 30300

„Zum Vogelgarten“ 30280

Arbeiter geben zum Bier Paul Wöbling 30276

Schwarzwarenhaus Paul Reitel 30380

Paul König 30495

Städt. Weimar 30493

Wettin 30280

Lantbröt-Bäckerei Franz König 30277

Werner's Restaurant 30382

Paul König 30495

Städt. Weimar 30493

er Kenner trinkt nur HANISCH-GOSE 30137

Referiert 100 30289

Referiert 50 30083

Referiert Nr. 7 30249

Städt. Weimar 30493

Referiert 100 30289

Referiert 100 30289

Referiert 100 30289

Referiert 100 30289

Referiert 100 30289

SPD., Nazis und Bürgerliche für Diktatursteuern

Sozialistischer Wehlis verhilft einen Stodreaktionär zum Gemeindevorsteher

U.A. Die letzte Gemeindevertreterversammlung beschloß sich mit folgender Tagesordnung: 1. Verlesen der Verhandlungsprotokolle vom 2. August. 2. Ber. Aenderung der Bürgerlichesteuer. 3. Ber. Gegenabstufung. 4. Krankenversicherung der Ausgewehrten. 5. Ber. Gemeindevertreter. 6. Ber. Regelung der Hauptamtlichen Gemeindebesoldung. 7. Ber. Übernahme der Bekleidung der Ledersachen in Familien von Ausgewehrten. 8. Verlesung d. Verhandlungsprotokolle vom 2. August wird verlesen und genehmigt.

Zu Punkt 2: Die Gemeinde Niemegk übernimmt die Bürgerliche von Sch. für 6000 Mark ebenfalls die Zinsen.

Zu Punkt 3: Ueber die Gegenabstufung entspann sich eine längere Debatte. Die Gemeindevertreter einigten sich auf Vorschlag des Genossen Kober, trotz Einwänden des Herrn Wehlis, dem Betrage 100 Mark jährlich zu bewilligen unter der Voraussetzung, daß für Nichtmitglieder des Betrages das Doppelte auf höchstens 150 Mark festgesetzt wird.

Zu Punkt 4: Betr. Kenntnisnahme zur Krankenversicherung für ausgewehrte Erwerbslose. Ein Mitarbeiter hat ein Angebot abgegeben, für jeden Ausgewehrten 6 Mark pro Kopf zu erheben. Das Angebot wird zurückgelehnt.

Zu Punkt 5: a) machte sich, da der Genosse Thiele als Gemeindevorsteher nicht bestrebt ist, eine Neuwahl notwendig. Hierbei enthielt sich der SPD-Mann Wehlis der Stimme.

Durch die Stimmengleichheit fiel das Los auf den Rittergutsbesitzer Wehlis.

Dieser machte die Annahme der Beschäfte davon abhängig, daß ihm vom Eisenbahnbesitzer ein Amtsstamm und von der Gemeinde ein selbständiger Sekretär zur Verfügung gestellt wird. Da nun Herr Wehlis das Volksgehörnen der Kandidaten inkraftig unterbreitet hat, ist er zum Dank von der Republik durch einen Sozialdemokraten bestrebt worden. Das Amtsstamm ist bereits fertiggestellt. Es fehlt noch der selbständige Sekretär. Die kommunistische Fraktion wird dieser neuen Beschäftigung nicht zustimmen. Aus diesen Maschinen geht hervor, daß dem Großgärtner an der Arbeit eines Vorlebers weniger gelegen ist, als die Position für seine Parteiwechsellösung auszuweisen.

Der Großgärtner ist durch die Stimmenschaft des SPD-Mannes Wehlis gewählt worden.

Das riecht verdammt fauer. Die Verträge werden nun die Herzogtümer eines Junters zu prüfen bekommen. Die'nen Vertrag wird die Halbeschwärz Arbeiterliga nicht weglassen.

Zu Punkt 5: begründet Genosse Thiele den Antrag der Erwerbslosen. Vertreter Kramann (bürgerlich) heuchelt laziöses Empfinden. Diese Wähler sind längst erkannt und überdies sind ja am 14. September Wahlen! Die Anwesenheit der Erwerbslosen hat diesen Vertreter auf die Herzen. Kontrolle der Wähler können diese Leute nicht vertragen. Nur unter dem Druck der Massen fand der kommunistische Antrag für die Erwerbslosen Annahme.

Mansfelder Kreise

Steht Rede und Antwort, Ihr sozialdemokratischen Verleumdern!

Sozialistische Schwindler werden gestraft

U.A. Eisleben. In der Nummer 199 der „Mansfelder Volkszeitung“ konnte man die fällige Wahlfrage der SPD lesen, betitelt: „O K P D!“

Die von Lügen und Gemeinheiten irrenden Verleumdungen nehmen kein Ende. Die revolutionäre Arbeiterschaft von Eisleben und Umgebung hat sich deshalb entschlossen, am Dienstag, dem 2. September, abends 8 Uhr im „Volksbau“ eine öffentliche Protestversammlung gegen die Verleumdungen abzuhalten. Wir fordern deshalb alle diejenigen auf, die während des Streiks die JH in Anspruch genommen haben, recht zahlreich zu erscheinen.

Genosse Merzinski, welcher in dem Schmierartikel als verantwortlicher Leiter der JH angeführt ist, wird an Hand der weiteren Unterlagen ersichtlich, weshalb recht zahlreich und gebt den Verleumdern der SPD, die Antwort.

Den Kranken soll das Wahlrecht geraubt werden

Amtliche Wahlabsotage in Eisleben

U.A. Eisleben. Mehrere Tausende der fähigsten Krankenhauses stellen sich, daß sie nicht in den Wählerlisten eingetragen sind, obwohl sie schon seit Monaten in Eisleben liegen. Da die Wählerliste nur auf dem Rathaus ausliegt, ist es der Mehrzahl nicht möglich, in die Wählerliste einzutragen zu nehmen. Am Wahltag wird es noch schlimmer, weil kein besonderes Wahllokal im Krankenhaus eingerichtet wird, wie das in den meisten Großstädten der Fall ist.

In allen Orten müssen deshalb die roten Wahlausgänge für Liste 4 sofort dafür sorgen, daß die Kranken noch nachträglich in die Wählerlisten eingetragen werden, soweit das noch nicht geschah. Fordert überall die Einrichtung von Wahllokalen im Krankenhaus oder die besondere Bereitstellung von Transportmitteln.

Arbeiter von Artern, weg von den Futtertrippopolitikern!

U.A. Artern. Wie die Arbeiterhelfer von Artern weiß, wurde immer sehr viel über die Arbeiterhelfer von Artern geschrieben und durch das viele Wehnen des Personalmanages an die Öffentlichkeit gebracht. Nun haben die Renegaten und SPD'ischen Methoden zur Verheimlichung der Zustände erfinden: man schämt die Arbeit im Krankenhaus der Frau des Renegaten Lotzold zu, damit aus diesem Haus nichts mehr an die Öffentlichkeit dringen soll. Denn der Fall des Bauarbeiters Metzger zeigt, welche Interessiertheit in dem hiesigen Krankenhaus herrscht. Was was hat sich die verlogene Renegatenpartei: „Ausnützung der Arbeitskraft“ entzupft? Was die schlimmste Futtertrippopolitik. Wir erinnern dabei mit noch an den sozialdemokratischen Bürgermeister, der von den Renegaten und Sozialisten der Wählerhelfer in Artern angegriffen wurde. Jeder Arbeiter, der bei seinem Amtsantritt in der Stadtverordnetenversammlung anwesend war, hat doch die Feststellung machen können, daß aus dem Munde des Herrn Bürgermeisters der gesamt Arbeiterhelfer, von allen den Erwerbslosen gelobte Worte verdrungen wurden: Bildung der Zinshilfe, Einrichtung von Mastenarbeiten für die Erwerbslosen usw. Nichts von alledem ist geschehen. Wie recht haben doch die Kommunisten behalten mit ihrer Feststellung, daß es sich einzig und allein um die Futtertrippe gehandelt hat. Heute, wo die Einzeltagswahlen vor der Tür stehen, sind es dieselben Leute, die an die Arbeiter und Erwerbslosen herantreten und um ihre Stimme laufen. Arbeiter und Erwerbslose, erkennt, daß eure Stimme am

Steuerfreit und Boykott

Wir drachten gestern einen ausführlichen Bericht über die letzte Stadtverordnetenversammlung in Eilenburg. Wir lassen den Dringlichkeitsantrag der kommunistischen Fraktion gegen die Einführung der Diktatursteuern folgen:

Die am 25. August 1930 tagende Stadtverordnetenversammlung in Eilenburg protestiert ausdrücklich gegen die unter Berücksichtigung von der Eilenburger-Steuerordnung erlassene Steuerordnung (sogenannte Notverordnung).

Diese Steuerordnung stellt eine enorme Massenausplünderung der werktätigen Eilenburger, neue Raub und neues Elend dar. Bei der jetzt schon bestehenden Arbeitslosigkeit, die immer größer Dimensionen annimmt, bei weitem Mangel der gesamten Sozialabgabe müde mit diesen schon jetzt bis ans Blut ausgekauften Kreisen der Bevölkerung diese Belastung zu.

Die Stadtverordnetenversammlung beschloß deshalb aus den oben angeführten Gründen, die vom Magistrat beantragte Einführung der neuen Steuern (Kopfsteuer, Biersteuer und Getränkeverzehsteuer) abzulehnen.

Sollte man trotzdem zur Zwangsangabe dieser unaufgeklärten Steuern gezwungen sein, so fordert die Stadtverordnetenversammlung die werktätige Bevölkerung von Eilenburg auf, diese durch

Steuerfreit und Boykott

zu verhindern. Kommunische Stadtverordnetenfraktion.

Bitterfeld-Wittenberg

Kreis-Wahlbüro Wittenberg

befindet sich im Gewerkschaftshaus in Wittenberg. Telefon 2711. Alle Wahlhelfer werden sich dort zur Verfügung stellen. Material wird nur dort ausgegeben.

Das Pflanzlager Wahlbüro befindet sich an der Ede Kasz. und Coswiger Straße.

Elternratswahl in Gräfenhainichen

Kämpft für den Sieg der Liste „Proletarischer Schulkampf“!

Am 28. September nochmals Elternratswahl in Gräfenhainichen

U.A. Bekanntlich wurde vom Wahlortstand, welcher sich aus drei SPD-Mitgliedern und zwei KPDern zusammensetzte, die Liste der SPD (Schulkampf) benannt und nicht zur Wahl zugelassen. Gründe hierfür waren folgende: Erstens lagern der Kandidaten keine Einverständniserklärungen bei; zweitens wurden die Erklärungen einen Tag nach der vorgeschriebenen Einreichungsfrist dem SPD-Vertreter Schröder, welcher mit im Wahlortstand vertreten war, eingereicht. Drittens waren Erklärungen von Personen vorhanden, die als Kandidaten nicht in Frage kamen. Einige der Kandidaten hatten sich gemeinert, ihre Einverständniserklärung abzugeben, da sie mit der Kandidatur nicht

Gebt für den Wahlfonds der KPD!

14. September nicht den verärrlichen Futtertrippopolitikern gehört, sondern der einzigen Arbeiterpartei, der KPD. Bitte 4. Über das allein genügt nicht, sondern Ihr müßt Euch einreihen in die rote Kampfbewegung und den Kampf mit der kommunistischen Partei zur Vertreibung des gesamten Proletariats und für ein Sowjet-Deutschland führen.

Geschieht. Alle Genossen sollen den „Klassenkampf“, wenn sie ihn gelehen haben, sammeln und bis zum Samstag, dem 8. September, im Wahllokal, Seidenstraße 3, abliefern. Die Zeitungen sollen als Wahlmaterial aus dem Land benutzt werden.

Aus dem Delizischer Hungerparlament

Die Notverordnungen werden durchgepeitscht — Buhle würgt ab

U.A. Eine außerordentliche Sitzung der Stadtväter fand am 25. August statt. Einangs der Sitzung glaubte hamp (SPD), sich mit dem „Klassenkampf“ beschäftigen zu müssen. Der letzte Stadtverordnetenbericht, worin zu dem Hauptproblem am Wasserwert unersetzlich Stellung genommen wurde und u. a. die Verzögerung der Arbeiten kritisch beurteilt wurde, war ihm auf die Herzen gefallen. In der hochachtung hatte er sich in Eile einen Bundesgenossen gefunden. In der öffentlichen Stadtverordnetenversammlung trauete sich Eile das Lied Jampes nicht mitzuführen, sonst hätten ihm die Tränenüberläufer die Möglichkeit des „Klassenkampf“ verrietes beseitigt, denn sie waren ja Augen und Ohrenzeugen.

Die Erhöhung des Schulgebots für die fähigsten höheren Lehranstalten wird beschlossen.

Die gefassten Eile nach Einkommen in der Friedhofsgesellschaftsordnung sind dem Regierungspräsidenten ein Dorn im Auge. Er hat beim Magistrat Abschaffung verlangt. Der Magistrat hat dem Rechnung getragen. Die KPD beantragte, die Stellung beizubehalten, wo Einkommen bis 2000 Mark (bisher 1500 Mark) gebührenfrei bleiben sollten. SPD und Bürgerliche stimmten gegen diesen Antrag. Auf Antrag der KPD, hielt die Plenarversammlung zur nächsten Sitzung auf der Tagesordnung.

Im Schluß sollen in der nächsten Sitzung auf der Hülfschule und im ersten Stadtwahlkreis für die kaufmännische Berufsschule hergerichtet werden. Kreis 51000 Mark. Hierzu hat die Regierung, großzügig wie immer bei solchen Sachen, ganze 750 Mark angelegt. Die Kommunisten dreht sich mitunter wie eine Drehscheibe. Richter spricht von Notwehr. Dafür ist er nicht zu haben. Herr Richter, wie war es doch beim Kranenhaus, doch wohl auch Notwehr? Die SPD stellt den Antrag, zur nächsten Sitzung eine Vorlage mit Kostenanschlag vorzulegen über Umbau für 6 Klassen

an der Madchenvolksschule. Dieser Antrag wird mit Mehrheit beschlossen. Bei dieser Angelegenheit verriet Geilts,

daß die beschlossenen 48 000 Mark für das neue Kranenhaus (es Pavilion oder Karate) nicht ausreichen.

Nach gar nicht angefangen und schon langt das Geld nicht zu. Bei der Abtimmung des SPD-Antrages wird Schamp (SPD) seinen Freunden erli zu „nun, da müßen wir mit befür stimmen.“ Die Zahlungen an die Schängende aus uralter Zeit sollen durch einmalige Zahlung von 165 Mark abgeleitet werden. Für solchen Planer ist Geld da.

Der Verpachtung verschiedener Großparzellen wird stattgegeben. Ein KPD-Antrag, um 5000 Mark zu bekommen. Man weiß hoch nicht, ob das noch Inflationsspende oder jette Währung ist. Denn das Testament stammt aus dem Jahre 1916.

Diktatursteuern sollen auch in Delizsch erhoben werden. So hatte wenigstens der Magistrat beschlossen, mit Ausnahme der Getränkeverzehsteuer. Die hatte er auch abgelehnt. Baumgardt liegt in der Bürgersteuer kein ideales Steuermitel. Er müße sie aber vorlegen wegen der Durchführung der Notverordnung. Genosse Simon zeigt die Stellung der Kommunisten zu diesen Steuern auf. Er läßt die SPD nicht im unklaren, daß die Müller-Regierung der Vater dieser Massensteuern ist. Er reißt folgenden Antrag ein:

„Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Delizsch protestiert gegen die Notverordnungen auf Grund des Verfalls 48 der Reichsgesetzgebung, die die kommunischen Steuern es ab, uns unerschwinglich zu machen an dem weiteren Verleumdungsprozeß der werktätigen Massen und des Mittelstandes; daß die Salten des Young-Planes ausschließlich durch diese Kreise getragen werden sollen, während der Besitz weisentliche Erleichterungen erfährt.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, diese Diktatur-Steuern abzulehnen.

Kommunistische Stadtverordnetenfraktion Delizsch.

Gehardt hat hierbei sein wahres Gesicht gezeigt. Er sprach für Brandlers und erklärte u. a. wörtlich: „Es wurde versucht, wenn man sagen würde, der Reichspräsident wäre daran schuld“ (gemeint ist die Notverordnung). Die SPD ließ durch Schwahn kurz und bündig erklären, daß sie diese Steuern ablehne. Somit spricht er immer sehr viel. Dieses Kapital war für ihn sehr gefährlich, deshalb die Verleumdung. Buhle sprach über die vorliegenden Anträge abstimmen zu lassen, oder berrichte wenigstens eine Ausrede, daß sie nicht mehr nötig sei. Denn sonst hätten die SPD-Vertreter für den Antrag der KPD, stimmen müßen, wenn sie ihre Ablehnung der Steuern ernst meinen. Aber das sieht etwas gegen Young-Plan darin und mit dem wollen sie nicht in Konflikt kommen. Für keine der Steuer fand sich eine Mehrheit. Beamten-Richter war für die Biersteuer. Honers Freunde stimmten für die Biergebühren. Auf nochmalige Wiederholung verzichteten die Stadtverordneten.

Unsere Wahlbroschüren sind **BOMBEN** die die Fassung des Klassenkampfes zertörnern **Sorgt für ihre Massenverbreitung!**

Roter Wahlhelfer! Jede Broschüre, die Du verkaufst agitiert für uns! Verbreite sie unermüdlich

Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Freitag nachmittags, außer Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,40 Mark; durch die Post bezogen 2,50 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsverlag GmbH, Halle, Verdenfeldstr. 14. Fernruf: 210 45 (Red.); 210 47 (Verlag).

Mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung
Der rote Stern

Umsatzpreis: 15 Pf. für den zum Spätk und Spätk: 1 Pf. im Teilzeit. Postkonten: Kreisbank des Saalkreises Halle; Commerz- und Privat-Bank Halle. Postfach: Leipzig 26471 Halle-Merseburger Zeitungsverlag G. m. b. H., Halle. Druck: Probatio Buchdruckerei G. m. b. H., Halle, Verdenfeldstr. 14.

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Dienstag, 2. September 1930

10. Jahrgang • Nr. 205

Budapest auf den Barricaden!

Organisiert den Massentampf gegen die Diktatur — Wählt Delegierte zu den Kampfkongressen am 7. September in Halle

(Eig. Drahtf.) Budapest, 1. September.
Budapest ist seit heute mittag der Schauplatz erbitterter Straßenkämpfe. Dem Aufmarsch der Kommunisten folgend,

traten die Belegschaften fast aller Betriebe heute früh in den Streik, um gegen das faschistische Horst-Hegime und das Hungerelend zu demonstrieren.

Hunderttausende marschierten in den Straßen der Reichen und Gatten auf. Selbst bürgerliche Agenturen beäffern die Zahl der Demonstranten auf über 150 000.

Die Lösung der Sozialdemokratie, auf die Demonstration zu verzichten, ließ bei den Massen auf harte Arbeit. Der sozialdemokratische Führer Garami wurde von den Arbeitern derart verprügelt, daß er in ein Krankenhaus geschafft werden mußte.

In den Mittagsstunden entspannen sich schwere Straßenkämpfe, die noch unermüdet andauern.

Die Demonstranten setzten sich mit Steinen, Stöcken und den der Polizei entzogenen Waffen gegen die Maschinen-gewehre und Panzerwagen zur Wehr. Bisher werden 10 Tote und über 300 Verwundete gemeldet. Auch die Polizei erlitt beträchtliche Verluste.

In der Theresienstadt, im 6. Bezirk, wurde mittags aus Ziegeln und aus Steinen, die von den Neubauten zusammengetragen wurden,

die erste Barricade

errichtet. Abteilungen von Polizei und Gendarmen versuchten, die Barricade zu erobern. Es fielen einige Salven gegen die Arbeiter, aber die ersten Angriffe der bewaffneten Macht wurden von den Arbeitern durch einen Hagel von Steinen, Ziegeln und Eisenstücken

zurückgeschlagen.

Die Nachricht vom Bau einer Barricade verbreitete sich rasch in der ganzen Stadt und

fand stürmische Zustimmung unter den Arbeitern.

In kurzer Zeit wurden dann in verschiedenen wichtigen Straßen der Stadt Autos, Autoschlösser und Straßenbahnwagen von den Demonstranten angehalten, die Passagiere herausgemorren und die Wagen umgestürzt und

aus ihnen Barricaden errichtet.

Nachmittags verteilten alle Panzerautos der Polizei die Garagen, und auch aus den Kasernen wurden die Panzerautos auf die Straßen geschickt. Die Panzerautos fahren mit ungeheurer Schnelligkeit in den Straßen der Peripherie und schiefen wahllos in Gruppen von Arbeitern.

Morgen Bezirks-Erwerbslosentwurf

Betriebsarbeiter, sendet Delegationen — Organisiert den Massentampf gegen die Diktatur, für Sieb- und Eingliederung der Erwerbslosen

Morgen tritt im holländischen „Rokspart“ die Bezirkskonferenz der Erwerbslosen zusammen.

Auf ihrer Tagesordnung steht die Organisierung des Massentampfes gegen die Ausplünderungsmaßnahmen der Diktatur, die gehen auch für die Erwerbslosen in Kraft getreten sind.

Die klaffenbedürftigen Erwerbslosen verstehen, daß der Kampf gegen den Unterdrückungsstand sowie gegen alle anderen Maßnahmen der Diktatur

nur gemeinsam von Betriebsarbeitern und Erwerbslosen geführt werden kann.

Mansfeld hat in der Praxis bewiesen, daß Streiks der Betriebsarbeiter, die heute wichtigste Waffe des Kampfes gegen die Diktatur, nur mit der aktiven Unterstützung der Erwerbslosen durchgeführt werden können, daß ein solches Zusammenarbeiten der Betriebsarbeiter und Erwerbslosen aber auch in der Praxis zur erfolgreichen Vertreibung der Streikbrecher führt. Die Betriebsarbeiter müssen daraus die Konsequenz

Chemieproleten, organisiert den Streik

Neue Demonstration der Anstreicher in Leuna

Sozialfaschistische Hege gegen RGO-Funktionäre

Als es am gestrigen Tage wieder heftig regnete, schickte die Werksleitung des Leunawerks sämtliche beschäftigten Anstreicher, etwa 180 Mann, einfach nach Hause. Die Kollegen waren über die Maßnahme der Werksleitung sehr empört und gitta 80 von ihnen

zogen geschlossen zum Betriebsratsbüro und forderten dort ihre Weiterbeschäftigung.

Mit dummen höflichen Bemerkungen verweigerte der sozialfaschistische Betriebsratsvorsitzende Walter die Kollegen abzuspeisen. Er erklärte:

„Wir ist der Tarifvertrag maßgebend und darnach müssen wir uns richten.“

Energisch wurde ihm jedoch von den Arbeitern bedeutet, daß alle reformistischen Drahtzieherfunktionen hier nichts nützen. Auf den Einwurf eines Kollegen, daß in dieser Sache bisher von Seiten der sozialfaschistischen Betriebsräte nichts getan worden sei, erklärte Walter gnäsig: „Ja Kollege, der Direktor wird sofort abgeholt und Du trittst an seine Stelle, dann wird's ja wohl besser!“ Das entsefelte einen wahren Sturm der Entrüstung und nur der Besonnenheit der Kollegen hatte er es zu verdanken, daß er mit der Überheulen Knochen davon kam. Die Kollegen, die mit der Überzeugung abgaben, daß ihnen von Seiten Walters keine Hilfe zuteil würde, beschloßen eine breitere Front zu schaffen und zogen dann zum Bad. Dort lagte Walter zu Kollegen von der Sidgruppe: „Halt Euch von den Kommunisten nicht aufheben, die Kerle sind verriakt!“ Auf dem Bahnsteig, wo die Anstreicherkollegen auf den Zug warteten, herrschte bei allen harte Erregung über das

Durchbrecht die bewachte Einfahrt der sozialfaschistischen Betriebsräte. Stellt Euch wie ein Mann hinter die 30 klaffenbedürftigen Anstreicher und folgt ihrem Beispiel! Dubelt nicht, daß die Werksleitung Euch noch einmal nach Hause schickt!

Wieder neun Stunden Arbeit in der Film

A. R. An den schwarzen Anschlagbrettern in der Film hängt eine Genehmigung des Generalarbeitsrates B. D. D., Bitterfeld, die der Filmproduktion das Recht gibt.

für 2500 Arbeiter und Frauen über 16 Jahre die neun-stündige Arbeitszeit wieder einzuführen.

Öffentlich handelt es sich um eine Vorbereitungsmaßnahme für Arbeitszeitverkürzung nach den Entlohnungen.

Immer noch werden zahlreiche Arbeiter entlassen. Gerade in der Kaufstraße wird das besonders eintreten. Das neue Sanatoriumsbehandlungsverfahren macht ganze Abteilungen „überflüssig“.

Sieht wird also immer noch entlassen werden und dann erst, wenn etwa 500 bis 1000 entlassen sind, dann erst wird das in Kraft treten, was Ihr schon jetzt gefordert habt. Mit dem Werk wird dann neun Stunden gearbeitet und dabei der Aufwand gekürzt und der felle Lohn noch abgebaut. Das ist die wahre Absicht, die die Unternehmer verfolgen.

Wir Arbeiter haben doch aber kein Interesse daran, daß es den vollgeheulenen I.-G.-Königen gut geht.

Wir wollen unser Recht. Darum müssen wir die Macht der I. G. ausüben machen.

Unsere beste Waffe ist der Streik!

Lohnabbau in Film-Werken vorbereitet!

In einigen Labors der Kunstfilmproduktion von Film-Werken ist die Betriebsleitung dazu übergegangen, auf den Stempelarten der Arbeiter ab 1. September fast der tatschlich gezahlten, nur die Tariflöhne zu vermehren. Arbeiter, die ein schließlich der sogenannten Prämien — bisher einen Stundenlohn von 105, 98 und 94 Pfennigen erhielten und deren Stundenlohn bisher auch auf der Stichtarte in dieser Höhe angegeben war, haben nun Karten mit dem Lohnvermerk „84 Pfennige“ erhalten. Die Maßnahme soll auch auf die anderen Abteilungen ausgedehnt werden.

Das bedeutet, wenn die Lohnauszahlung nach diesen Sätzen erfolgt, für ganze Abteilungen einen Lohnabbau von 10% bis 20 Prozent.

Seitens des Lohnbüros wird zwar erklärt, es handle sich nur um ein „technisches Versehen“ bei der Ausstellung der Karten, es sollten nur die Prämien gesondert vom Tariflohn notiert und die Effektivlöhne in bisheriger Höhe weitergezahlt werden.

Die Arbeiter schenken aber diesen Versicherungen keinen Glauben.

Selbst wenn sie auf Wahrheit beruhen würden, was durchaus unwahrscheinlich ist, kann eine solche Sonderverrechnung der „Prämien“ — die tatschlich einen Bestandteil des Lohnes bilden, mit dem der Arbeiter rechnet und ohne den er nicht haupt nicht auskommen könnte — nur den Sinn haben, diese Prämien als eine besondere „Gnade“ des Unternehmers darzustellen.

und so ihren Abbau spätestens nach den Wahlen vorzubereiten.

Man denke nur an Mansfeld, wo vor dem Streik die Refor-misten den Unternehmern den Abbau der Prämien als „trieblichen“ Weg der Lohnreduzierung vorge schlagen und nach ihrem Verzicht den 2 1/2-prozentigen Abbau der Zulagen als „unermessliche Notwendigkeit“ anerkannt haben — man denke nur an die Gruben-Blawie, wo die Reformisten offen für den Prämien-abbau, also für den Lohnabbau eintraten! Ob nun die Ausbeuter eine Woge früher oder später mit dem Lohnraub heranzukommen — ihrer steht er bevor und deshalb müssen die Film-Proleten so wie die Arbeiter der übrigen chemischen Industrien

schon heute zum Gegenangriff rufen.

Nehmt sofort in Betrieb und Abteilungsverfassungen Stellung! Stellt Eure Forderungen auf! Fordert Festlegung und Erhöhung der tatschlich gezahlten Löhne! Schafft Euch Kampf-ausschüsse! Organisiert den Streik!

Der Stief ist die beste Parade!



Der Streik am 1. September mit einer blühenden Demonstration für die K P D., Liste 4, einmarschieren und in den kommenden entscheidenden Kämpfen die Diktatur der Ausbeuter besiegen.

